SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 228 FRÜHJAHR 2025 € 1

Imago/Future Image; B. Smialowski/Getty (Mitte)

Welt im Umbruch

Wie verteidigen wir uns?

Globalisierung und Freihandel, offene Grenzen und UN und WTO als US-kontrollierte Institutionen, die dem US-Imperium einen „fortschrittlichen" Anstrich verleihen: Damit ist es jetzt vorbei. Während in den letzten Jahrzehnten andere Mächte, vor allem China, enorme wirtschaftliche Entwicklung erreicht haben, wurde die US-Wirtschaft immer mehr deindustrialisiert. US-Präsident Trump setzt jetzt den Presslufthammer an: Um ihre eigene Position als vorherrschende imperialistische Macht aufrechtzuerhalten, müssen die USA die Weltordnung, die sie aufgebaut haben, direkt angreifen und mit der zynischen Vorgaukelei von Fortschrittlichkeit à la Obama oder Biden Schluss machen.

Das machen die USA in jede Richtung – ob mit direkter Erpressung unterdrückter Länder wie Mexiko oder mit Druck und Zöllen gegen ihre imperialistischen Junior-Partner wie Deutschland. Trumps angekündigte Zölle in den letzten Wochen, mit Extraaufschlägen bei Autos, treffen die auf Export ausgerichteten deutschen Monopole besonders hart. Und der von den USA vorangetriebene Handelskrieg gegen China macht die Lage noch schwieriger für Deutschland.

Die deutschen Kapitalisten haben die letzten Jahrzehnte eine privilegierte Position im US-Imperium genossen: Sie konnten sich in Zusammenarbeit mit den USA und mit Hilfe der EU und ihres Finanzkapitals auf die Ausbeutung der Arbeiter zu Hause und der unterdrückten Länder in Europa wie Griechenland und Polen konzentrieren. Zur gleichen Zeit haben die USA die hohen Kosten für das US-Militär getragen, welches über Jahre hinweg diesem ganzen System des liberalen Status quo seine Stabilität verlieh.

Dieses gesamte bisherige Modell wollen und können die deutschen Herrscher nicht so leicht aufgeben: Sie haben im Moment keine erfolgversprechende Alternative. Das ist der Hintergrund, warum die neue CDU-SPD-Regierung versucht, sich gegen Trumps Kurs zu stellen und, für den Moment, die Politik von offenen Märkten und uneingeschränkter Unterstützung für die Ukraine fortzusetzen. Die AfD dagegen, mit ihrer weniger konfrontativen Linie Russland gegenüber sowie mit dem Versprechen von Massenabschiebungen, jedweden woken Liberalismus wegzufegen und die Repression



© ver.di

Berlin, Frühjahr: Gegen Spaltung der Arbeiter ist gemeinsamer Streik von CFM, Charité und öffentlichem Dienst nötig

zu verschärfen, ist mehr im Einklang mit Trump.

Auch wenn CDU-Chef Merz und SPD-Führer Klingbeil große Reden schwingen: Weder Deutschland noch die Europäische Union haben letzten Endes die wirtschaftliche oder militärische Macht, um sich frontal gegen die USA zu stellen. Trump und der US-Imperialismus werden sicher nicht alle ihre Ziele so einfach und ohne Probleme erreichen können. Aber: Ein Blick auf die Kräfteverhältnisse und die tiefe Integration in die US-beherrschte Ordnung sagt uns eindeutig, dass früher oder später Deutschland und die EU auf den Kurs der USA einschwenken *müssen*. Das wird bedeuten, eine Wirtschaftsordnung zu akzeptieren, in der die Vereinigten Staaten ihre Vorherrschaft viel härter durchsetzen – auf Kosten aller anderen – und die einhergeht mit einer reaktionären Offensive und verstärkter Staatsrepression im eigenen Land. Dann wird sich ein Merz, oder die SPD in der Regierung, nicht mehr halten können, und entschiedener agierende reaktionäre Fraktionen des Kapitals werden das Ruder übernehmen.

Viele Liberale und sozialistische Linke sind sehr verwirrt. Sie denken, dass man einfach zur relativen Stabilität der vergangenen Periode zurückkehren könnte oder dass Deutschland und die EU irgendwie einen unabhängigen Weg gegen die USA einschlagen könnten. Aber die Wahrheit ist: Die EU wurde gegründet mit Einverständnis und Unterstützung der USA, um Investitionen und Ausbreitung des Finanzkapitals nach Osten voranzutreiben – Deutschland und die EU sind zentrale Komponenten der US-beherrschten Weltordnung.

Deshalb ist die Idee, der Westen sei als Block erledigt, die NATO sei vorbei und die USA würden Europa jetzt Russland überlassen, vollkommen illusorisch und ein Hirngespinst! Die USA haben in Europa über 100 000 Soldaten stationiert sowie Direktinvestitionen, Wertpapiere, Immobilien usw. in Billionenhöhe. Das alles werden sie nicht so einfach aufgeben. Im Gegenteil: Die US-Imperialisten wollen die Daumenschrauben anlegen, um noch mehr Profit daraus zu ziehen. Und der deutsche Imperialismus wird darauf reagieren, mit noch mehr Druck und Angriffen auf die von ihm direkt abhängigen Länder sowie die Arbeiterschaft hier.

Wir stehen jetzt am Anfang einer Periode reaktionärer Umbrüche: Es ist die dringende Aufgabe von Sozialisten, Arbeiter und Jugendliche für die kommenden Abwehrkämpfe politisch zu bewaffnen. Statt Hysterie und Panik und der Illusion, dass wir zur vergangenen Periode zurückgehen könnten, brauchen wir ein materialistisches Verständnis der Lage, um zu verstehen, ***wie wir uns gegen die kommenden Angriffe verteidigen können***.

Es gibt viel Wut unter Arbeitern und ein Potenzial, was wir mobilisieren können, um uns zu wehren. Wie? Uns nicht isolieren lassen, sondern zusammenstehen und uns gemeinsam verteidigen, und bei jedem Schritt im Kopf behalten, dass wir in jedem Kampf einen grundlegenden Kurswechsel brauchen – gegen die pro-imperialistische Politik der jetzigen Führung der Arbeiter in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften, die eine Niederlage nach der anderen organisiert haben.

Kampf gegen Militarisierung

Das „Regierungsprogramm“ der kommenden CDU-SPD-Regierung, das sie noch vom alten Bundestag beschließen lassen musste, besteht aus einem massiven 500-Milliarden-Aufrüstungspaket. Das ist eine Vorlage für riesige Angriffe auf die Arbeiter. Die enormen Summen für das Militär werden die Kapitalisten nicht nur aus den Arbeitern pressen wollen – die Militarisierung bedeutet auch die Herrschaft der Bosse zu stärken, die tagein, tagaus die Arbeiter ausbeuten und aus Ländern wie Ungarn, Türkiye oder Griechenland enorme Profite saugen. Der Kampf gegen Militarisierung, und als Teil davon auch gegen die in der Zukunft drohende Einführung der Wehrpflicht, kann und muss ein wichtiger Ansatzpunkt für defensive Kämpfe sein.

Seit Beginn des Ukrainekriegs verkaufen die Spitzen von SPD und Gewerkschaften den Arbeitern die Lüge, dass Unterstützung der Interessen der deutschen Imperialisten und ihrer Regierung – wie mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel – angeblich positiv für die Arbeiter sei und mit sozialen Verbesserungen einhergehen könnte. Das Resultat: Verwüstung und Tod in der Ukraine, Völkermord an den Palästinensern im Nahen Osten, und hier eine immer weiter fortschreitende Verarmung.

Die Linkspartei sagt, man braucht Geld nicht für Panzer, sondern für Bildung. Natürlich brauchen wir massive Investitionen in Bildung und das Gesundheitssystem! Aber das müssen wir uns in Konfrontation gegen den Kurs der Regierung und gegen die Interessen der deutschen Kapitalisten, durch harten Klassenkampf, erkämpfen. Genau das lehnen aber die Führungen von Linkspartei und Gewerkschaften ab, weil sie grundlegend den Kurs der Regierung und den deutschen Imperialismus unterstützen. So bleiben die Versprechen der Linkspartei von nennenswerten sozialen Verbesserungen Augenwischerei, um Arbeiter und Jugendliche ruhig zu halten.

Während sich die LINKE in Parteibeschlüssen oft gegen Waffenlieferungen stellt, steht die Führung aber auf der Seite der Regierung für eine Unterstützung von Ukraine und Israel und benutzt, wie Sören Pellmann in seiner Rede im Bundestag, das Horror-Märchen von der „russischen Bedrohung“. Deshalb hält die Parteiführung auch ihre schützende Hand über offene Vertreter von Aufrüstung und Waffenlieferungen wie Ramelow und Konsorten. Nur ein wirklicher Kampf gegen diese Politik wird auch in der Lage sein, eine starke Bewegung gegen Aufrüstung und für Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel aufzubauen.

Insbesondere unter Arbeitern und größeren Teilen der

Fortgesetzt auf Seite 30

SPARTAKIST 

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Philipp Clyde
Herausgebende Redakteurin: Renate Müller
Produktionsleiterin: Nadja Dostal
Vertriebsleiterin: Barbara Köhler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, E-Mail: spartakist@online.de | Tel.: (0 30) 4 43 94 00

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb
Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. April 2025

Nr. 228 Frühjahr 2025

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Jill Vyse (Berlin), Journalistin, 33%; Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Kontaktadressen

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de

Berlin: (030) 4 43 94 00, Hamburg: (040) 32 36 44
@spartakist_IKL • 0174 466 5332

Hegemonie der USA und Krise der revolutionären Bewegung

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der nächsten Ausgabe des englischsprachigen Spartacist*, eine Erklärung des Internationalen Sekretariats der IKL an eine linke Konferenz im Mai 2025.*

Die internationale revolutionäre Bewegung steckt seit vielen Jahren in einer tiefen Krise. Diese Krise ist im Wesentlichen nicht das Ergebnis objektiver Umstände und schon gar nicht persönlicher Konflikte oder organisatorischer Methoden. ***Die Krise existiert, weil die marxistische Bewegung ihre Aufgaben im Lichte der Realitäten der internationalen Situation nicht korrekt festgelegt hat.***

SPARTACIST

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die internationale Position der Vereinigten Staaten hegemonial. Globalisierung, die Europäische Union, Freihandel und Privatisierung entwickelten sich unter der Ägide der USA, auf Kosten der Arbeiter und unter dem ideologischen Deckmantel des Liberalismus. Daher war es notwendig, ***gegen den US-Imperialismus und den Einfluss des Liberalismus*** zu kämpfen. Die revolutionäre Linke ist schwach, weil sie diese Aufgabe noch nicht einmal erkannt hat.

Die IKL ist von der postsowjetischen politischen Desorientierung nicht verschont geblieben. Unsere Organisation wurde von aufeinanderfolgenden internen Krisen erschüttert, und ihre Interventionen im Klassenkampf waren steril und sektiererisch. Uns zeichnet heute aus, dass wir versucht haben, ***die Ursprünge unserer Krise zu verstehen*** und ***die Lehren, die wir daraus gezogen haben, in der Praxis anzuwenden.***

Heute entwickelt sich die Weltlage sprunghaft weiter. Trump hat die Maske des Liberalismus abgestreift und verfolgt eine aggressive und offen reaktionäre Politik, um dem relativen Niedergang der Vereinigten Staaten entgegenzuwirken. ***Es liegt an den Revolutionären, klare Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit zu geben.***

Marxismus kontra Dogmatismus

Allzu oft wird das marxistische Denken durch abstrakte Formeln ersetzt, die von der historischen Entwicklung und der Dynamik des Klassenkampfes völlig abgekoppelt sind. Dies ist vor allem bei den großen Konflikten in der Welt der Fall.

Anhand einer Reihe willkürlich ausgewählter Fakten wird bestimmt, ob wir einen „imperialistischen Staat", einen „nicht-imperialistischen Staat" oder einen „Arbeiterstaat" vor uns haben. Hat man sich einmal für ein Etikett entschieden, ist kein weiteres Nachdenken mehr nötig; man kann sich schnell eine mathematische Formel zurechtlegen: imperialistischer Staat + nicht-imperialistischer Staat = Defätismus. Und das gilt als Marxismus!

Viele behaupten, Leninisten zu sein, vergessen aber ***die politischen Überlegungen hinter Lenins Analyse.*** Als er auf dem interimperialistischen Charakter des Ersten Weltkriegs bestand, tat er dies nicht aus Dogmatismus, sondern um ***die politische Einheit des Proletariats*** zu fördern. Zu seiner Zeit war die Welt unter einer Handvoll Kolonialreiche aufgeteilt, die die Mehrheit der Völker und Nationen unterdrückten. Die Einheit der Unterdrückten war ***unmöglich***, solange die Arbeiter in den imperialistischen Ländern an der Seite ihrer eigenen Bourgeoisie kämpften, um deren Recht auf Unterdrückung anderer Nationen zu verteidigen.

Damals wie heute ***muss die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie die wichtigste Überlegung sein, die eine marxistische Analyse der Welt leitet.*** In der Tat ist es genau diese Überlegung, die es der internationalen revolutionären Avantgarde ermöglichen wird, ihre eigenen Spaltungen zu überwinden. ***Die Wahrheit ist immer konkret***, lassen wir also leere Formeln und Abstraktionen beiseite und stellen wir die Aufgaben des Proletariats in den Rahmen der historischen Entwicklung des Imperialismus.

Imperialismus seit 1945

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs schufen die Vereinigten Staaten eine neue Weltordnung. Die alten Kolonialmächte spielten bald keine wirklich unabhängige Rolle mehr auf der internationalen Bühne und wurden zu zweitrangigen Partnern in einer kapitalistischen Welt, die vom US-Giganten dominiert wurde.

Die Zerstörung der UdSSR im Jahr 1991 hat das Gleichgewicht der internationalen Kräfte grundlegend verändert, nicht aber das Bündnis zwischen den imperialistischen Mächten. ***Die EU wurde mit Zustimmung und Unterstützung der Vereinigten Staaten gegründet***, um die Ostexpansion des Finanzkapitals zu fördern. In ähnlicher Weise arbeiteten Japan, Australien und die USA in Asien zusammen, um den Kontinent auszubeuten.

Heute wird die Welt immer noch vom amerikanischen Imperium und seinen Nachkriegsinstitutionen beherrscht. Neokoloniale Länder werden durch Schulden ausgeplündert, die in US-Dollar fällig sind und vom US-Militär garantiert werden. Das internationale Kräfteverhältnis hat sich sicherlich verändert. ***Aber die Welt ist nicht neu aufgeteilt worden. Es gibt keine neuen imperialistischen Mächte.*** Wir leben immer noch in einer Welt, die von der Nachkriegszeit und dem Zusammenbruch der UdSSR geprägt ist.

Jeden Tag zeigt Trump, dass die Vereinigten Staaten ihre Vormachtstellung nicht aufgeben werden, ohne einen gnadenlosen Kampf gegen ihre Rivalen und die Unterdrückten der Welt zu führen. ***Zu glauben, dass die Hegemonie der USA bereits gebrochen wurde, ohne Krieg, ohne Krise, spiegelt eine liberal-pazifistische Sicht der Geschichte wider.*** Eine „friedliche" wirtschaftliche Entwicklung verändert ständig das internationale Kräftegleichgewicht, ***aber eine imperialistische Ordnung entsteht und stirbt durch Eisen und Blut.***

Der Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine ist das Ergebnis der ***amerikanischen Überdehnung.*** Seit 1991 ***hat sich die NATO ständig erweitert, nicht Russland. Dies bedeutet keineswegs, dass Russland in der Ukraine einen gerechten Krieg führt.*** Russland versucht, ***die Ukraine zu beherrschen***, und die daraus resultierende nationale Unterdrückung kann ***die Beziehungen*** zwischen russischen und ukrainischen Arbeitern nur ***vergiften.*** Es stimmt, dass die Niederlage der Ukraine eine

Fortgesetzt auf Seite 18

Öcalan, SDF: Nein zum Verrat an Kurden und Rojava!

Am 27. Februar forderte Apo (Abdullah Öcalan), der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), alle kurdischen Gruppen zur Entwaffnung und die PKK zur Selbstauflösung auf. Keine zwei Wochen später reichten sich die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) mit dem Führer der neuen syrischen Regierung, Ahmed al-Scharaa, die Hand und vereinbarten, die SDF-Milizen in der syrischen Armee aufzulösen. All dies ist ein absoluter Verrat an der kurdischen Befreiungsbewegung – ein selbstmörderischer Akt, der für die kurdischen Kämpfer den Tod bedeuten würde – und eine logische Folge der Kapitulation der kurdischen Führung vor dem Imperialismus und seinen Agenten in der Region.

Mit seinem Aufruf zur Entwaffnung hat Apo die ganzen Grundlagen des kurdischen nationalen Befreiungskampfes fallen gelassen. Der bewaffnete Kampf war entscheidend für die Erfolge in Rojava und die Verteidigung des kurdischen Volkes. Auch wenn der derzeitige Kampf nicht auf eine Weise geführt wird, die zum Sieg führen kann, kann eine Kapitulation nur zur Katastrophe führen. In seiner Erklärung lehnte Apo den Kampf für einen separaten Nationalstaat und sogar eine „Verwaltungsautonomie“ für die Kurden ab. Er betonte den „demokratischen Konsens“. Solches Gerede ist Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass die „demokratische“ Erdoğan-Regierung seit Monaten kurdische Beamte aus ihren Ämtern entfernt und sie durch seine Kayyums (Treuhänder) ersetzt. Der ehemalige Vorsitzende der kurdischen Partei Selahattin Demirtaş sitzt seit 2016 im Gefängnis.

Der Aufruf von Apo dient nur dem türkischen Staat, der das „Kurdenproblem“ als Hindernis aus dem Weg räumen will, um als untergeordneter Akteur der Imperialisten im Nahen Osten noch etwas mehr vom Rahm abschöpfen zu können. Die türkische Armee hat nun eine größere Kontrolle über das Grenzgebiet, das Rojava von Bakur (Nordkurdistan) trennt. Der Verrat von Apo war Teil eines Plans von Erdoğan und seinen Verbündeten, um Erdoğan in einer Zeit Auftrieb zu geben, in der er aufgrund der irrsinnigen Inflation, der zunehmenden Repression und der horrenden Lebensbedingungen an Popularität verliert.

SDF beugen sich HTS

Die Aufforderung der SDF, ihre Milizen aufzugeben, bedroht alles, was in Rojava erreicht wurde. Diese Errungenschaften wurden in einer Zeit der Unruhen nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 erzielt, als die kämpfenden Kräfte in diesem Land ständig wechselten. Die Errungenschaften von Rojava sind das Ergebnis demokratischer und bewaffneter Kämpfe und schufen ein gewisses Maß an Sicherheit für die kurdische Bevölkerung, die im Syrien von Baschar al-Assad nie eine solche erfahren hatte, während gleichzeitig eine gewisse Autonomie und kommunale Gesellschaftsstrukturen geschaffen wurden. Rojava konnte sich in erster Linie durch eine starke Miliz behaupten, die vielen Bedrohungen, einschließlich Türkiye und IS, entgegenwirkte.

Die YPG, Volksverteidigungseinheiten und Hauptkomponente der SDF, gingen zur Zeit der Belagerung von Kobanê im Jahr 2014 ein Bündnis mit den USA ein. Es war eine Sache, Hilfe von den USA anzunehmen und in einem objektiven Bündnis mit den USA zu sein, um den ernsthaft drohenden Völkermord am kurdischen Volk durch den IS zu stoppen. Aber es war eine ganz andere Sache, als die YPG gemeinsam mit den USA eine Offensive in mehrheitlich von Arabern bewohnte Gebiete startete. Dies war gewissermaßen die Saat, die den kurdischen Kampf unterminierte und die nationalen Spaltungen vertiefte. Die YPG wurden zum Spielball des US-Imperialismus und haben schließlich ihren eigenen Untergang besiegelt, indem sie den Kampf zur Verteidigung der Errungenschaften von Rojava den imperialistischen Interessen untergeordnet haben, anstatt einen Kurs zu verfolgen, diese Errungenschaften auf Bakur und andere Regionen auszuweiten.

Nachdem die kurdische Führung vor den US-Imperialisten kapituliert hatte, weigerte sie sich, gegen den Völkermord in Palästina zu mobilisieren, der von den durch die USA unterstützten Zionisten verübt wird. Und nun behauptet der Chef der SDF mit Bezug auf Israel: „Wir heißen jeden in der Welt willkommen, der helfen kann, unsere Rechte zu unterstützen und unsere Errungenschaften zu schützen.“ Dies hat bei den nicht-kurdisch muslimischen und arabischen Massen tiefes Misstrauen und Feindseligkeit ausgelöst und die Kurden weiter isoliert.

Nun hat die Regierung der Arabischen Republik Syrien (SAR) eine „vorläufige“ Verfassung auf der Grundlage des islamischen Rechts verabschiedet. In Rojava sind Proteste gegen die neue Verfassung und die Massaker an Alawiten ausgebrochen. Es ist klar, dass die neue SAR keine Fortschritte im kurdischen Befreiungskampf dulden wird. Tatsächlich fordert die SAR von den SDF, dass alle „ausländischen“ kurdischen Kräfte Rojava verlassen. Dies unterstreicht einmal mehr, wie das Vorgehen von Apo und SDF das Leben der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer selbst gefährdet.

Kurdische Kämpfer: Gegen beide Kapitulationen braucht es Widerstand und der Kampf muss auf der Grundlage einer echten revolutionären und demokratischen Strategie organisiert werden. Gebt eure Waffen nicht aus der Hand! Organisiert euch gegen den US-Imperialismus, seine Lakaien und die zionistischen Schlächter! Für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse in Türkiye gegen Erdoğan und die NATO! Schmiedet ein Bündnis mit den arabischen Werktätigen in der Region!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 1184, April 2025*

Nieder mit Erdoğan! Nieder mit der NATO!

Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, dem Bürgermeister von Istanbul, am 19. März hat in Türkiye zu großen Unruhen geführt, da Präsident Erdoğan versucht, durch Repression, Verbote und Verhaftungen jeglichen Widerstand gegen sein autoritäres Regime zu zerschlagen. İmamoğlu werden Korruption, Bestechung und Verbindungen zu terroristischen Organisationen vorgeworfen. Auch die Universität Istanbul hat ihm seinen Abschluss aberkannt, der in Türkiye Voraussetzung für die Kandidatur zum Präsidentenamt ist.

Gleichzeitig sehen sich die arbeitenden Massen, die Erdoğans autoritäres Regime verabscheuen, mit einer zerstörten Wirtschaft, mit ständig steigenden Lebenshaltungskosten und sozialen Ungleichheiten konfrontiert. Angesichts der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen hat im ganzen Land eine Streikwelle begonnen, darunter in vielen Fabriken wilde Streiks für höhere Löhne.

Erdoğan, der einerseits durch die wachsende Unzufriedenheit mit seinem verhassten Regime und andererseits durch die Gefahr, die İmamoğlu für seine Herrschaft darstellt, unter Druck geraten ist, hat einen verzweifelten Versuch unternommen, die Opposition zu zerschlagen. Ziel ist es, İmamoğlu aus dem Weg zu räumen, genau als ihn die Republikanische Volkspartei (CHP) zum Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2028 nominierte.

Seit der Verhaftung von İmamoğlu fanden täglich große Demonstrationen im ganzen Land statt, die größte mit 2,2 Millionen Menschen in Istanbul. Studenten, Arbeiter, Kurden und andere sind zur Verteidigung İmamoğlus auf die Straße gegangen und haben seine Freilassung sowie die aller Verhafteten – darunter viele Linke – gefordert, aber auch Gerechtigkeit und Demokratie gegen Erdoğans zunehmend autoritäres Regime.

Wir sind gegen die Repression und den Autoritarismus und fordern die Freilassung von İmamoğlu und allen Verhafteten. Es ist jedoch wichtig, die ***Ursache*** für den zunehmenden Autoritarismus zu verstehen. Die Wurzel des Autoritarismus sowie der Armut und des Elends liegt in der Unterdrückung des Landes durch den Imperialismus, der die führende Rolle in dem Land spielt. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen dem Autoritarismus und dem zunehmenden Druck, den die imperialistischen Mächte auf Türkiye aufgrund des untergeordneten Status von Türkiye ausüben. Ob unter Erdoğan oder unter den Kemalisten, um ihre Herrschaft zu sichern, marschiert die Bourgeoisie im Schulterschluss mit dem ausländischen Kapital, schlägt gegen die Arbeiter zu und errichtet ein mehr oder weniger totalitäres Regime. Wie Trotzki schrieb:

> „So entziehen die Schwäche der einheimischen Bourgeoisie, das Fehlen einer Tradition des demokratischen Regierens, der Druck des ausländischen Imperialismus und das relativ schnelle Anwachsen des Proletariats einem beständigen demokratischen Regime jede Grundlage. Die Regierungen zurückgebliebener, d. h. kolonialer und halbkolonialer Länder, nehmen alle früher oder später einen bonapartistischen Charakter an…" (*Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges*, 1940)

Daher muss der Kampf gegen Autoritarismus und für Demokratie mit dem Kampf gegen die imperialistische Unterjochung verbunden werden, d. h. er geht ***Hand in Hand*** mit dem Kampf gegen die NATO. Doch auf keinen Fall können die Kemalisten diesen Kampf anführen. Denn sie treten noch offener für die NATO und für den Imperialismus ein als Erdoğan. Jahrelang standen sie als der verlängerte Arm für imperialistische Unterdrückung an der Spitze von Regimen, die so autoritär waren wie das von Erdoğan.

Die dringende Aufgabe für die Linke heute besteht darin: Um den Kampf gegen Erdoğan voranzutreiben, Demokratie zu erreichen und die Interessen der türkischen Arbeiter, Kurden und armen Schichten durchzusetzen, ist es notwendig, gegen den US-Imperialismus, der das Sagen hat, eine proletarische Front zu schmieden. Im Laufe dieses Kampfes werden die Kemalisten, die ein Hindernis sind sowohl für die Demokratie als auch für die Befreiung des Landes vom Joch des Imperialismus, entlarvt werden. ***Nieder mit Erdoğan! Nieder mit der NATO!***

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 1184, April 2025*

Lehren aus dem Wahlkampf

Mit dem Zusammenbruch der verhassten Ampel-Regierung war klar, dass ein großer Rechtsruck bevorstehen würde. Die SPD als treibende Kraft des NATO-Kurses in der Regierung und die Linkspartei als loyale Opposition haben alles dafür getan, die Arbeiterklasse zu ruinieren und in die Arme der reaktionären AfD zu treiben.

Diese verheerende Situation endlich umzudrehen und für eine ***linke*** Opposition der Arbeiterklasse zu kämpfen, das war die Aufgabe, die sich für uns und für jeden sozialistischen Linken nach Ankündigung der Neuwahlen stellte. Dafür bot die Kandidatur der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) eine wichtige Möglichkeit. Mit ganzer Kraft haben wir Trotzkisten den Wahlkampf der MLPD unterstützt und auch die gesamte Linke dazu aufgefordert. Die MLPD kandidierte bei der Wahl als einzige Partei bundesweit auf einer klaren antiimperialistischen und proletarischen Grundlage: gegen die NATO, für Palästina, für Sozialismus. Sie öffnete sogar ihre Internationalistische Liste für andere linke Organisationen und Kandidaten.

Dieses einzigartige Angebot ermöglichte auch, dass Toralf Endruweit, ein sozialistischer Hafenarbeiter und Oppositioneller in ver.di, mit dem Programm der Spartakisten auf der Internationalistischen Liste kandidieren konnte. Toralf hat exemplarisch aufgezeigt, wie ein linkes Kampfprogramm gegen Krieg und Krise aussehen kann. Er stellte den Kampf gegen den Imperialismus, gegen die NATO und die pro-zionistische Staatsräson in den Mittelpunkt des Wahlkampfes.

Es ist ein Armutszeugnis für die große Mehrheit der Linken, dass sie die Unterstützung der Internationalistischen Liste abgelehnt hat. Die Kandidatur der MLPD bot die Chance für eine ***vereinte antiimperialistische Opposition*** der Linken gegen die verräterischen Arbeiterführer in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften.

Ganz im Gegensatz zu unserer antiimperialistischen Perspektive war der dominierende Trend in der Linken die Unterstützung der Linkspartei. Wie kann das sein, wo doch deren Unterstützung für den deutschen Imperialismus, für die Selenskyj-Ukraine und für Israel so offensichtlich ist wie seit langem nicht? Das Argument der Linken lautete im Wesentlichen: Trotz all ihrer Probleme bleibe die Linkspartei ein wichtiges Gegengewicht zum Aufstieg der AfD und zum Rechtsruck der anderen Parteien. Sie ist alles andere als das.

Die deutschen Kapitalisten waren einer der größten Profiteure der US-dominierten liberalen Weltordnung der letzten Jahrzehnte. Die liberale Ideologie von Freihandel und Globalisierung, EU und offenen Grenzen, Antirassismus und Antifaschismus entsprach ihren Klasseninteressen. Die Arbeiterführer in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften haben sich diese Ideologie vollkommen zu eigen gemacht und den Arbeitern die Agenda der Kapitalisten als fortschrittlich angepriesen – während die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zugrunde gerichtet wurden.

Bei all ihrer Kritik haben die Linken nicht für einen Bruch von diesen Führern gekämpft – weil sie deren liberale Ideologie grundlegend teilen. Nur so konnte es dazu kommen, dass die arbeiterfeindliche AfD im Proletariat immer mehr als einzige Alternative und die Linke als bloßes Anhängsel der herrschenden Eliten gesehen wird. Der Liberalismus versperrt der Linken den Weg zur Arbeiterklasse. All das wurde im Wahlkampf auf ganzer Linie bestätigt.

Brandmauer und Linkspartei-Comeback

Im Zuge von Merz’ gemeinsamer Abstimmung mit der AfD hat der Wahlkampf eine neue Dynamik erhalten. Rot-Grün und die Linkspartei warfen ihm daraufhin vor, dass er die „Brandmauer“ zur AfD eingerissen und damit die Lehren aus dem Faschismus über Bord geworfen habe. Die AfD ist nicht faschistisch, sondern trotz Nazis in ihren Reihen eine rechtspopulistische Partei. Hunderttausende, die ernsthaft über die Aussicht auf eine Merz/AfD-Regierung besorgt waren, wurden von Rot-Grün auf die Straße mobilisiert.

Was ist das Problem? Die Erzählung von der fortschrittlichen, antifaschistischen Bourgeoisie, die die Lehren aus der Geschichte gezogen habe, war zentral, um den liberalen Block der vergangenen Periode aufrechtzuerhalten, der ar-



MLPD



Spartakist

Wahlkampf: Lisa Gärtner (MLPD) und Toralf Endruweit in Hamburg. REBELL und Spartakisten in Leipzig

DIE LINKE vor Chemnitzer Parteitag:

Kriegstreiber rausschmeißen!

Sofort nach der Wahl hat sich gezeigt, dass Die LINKE unter der jetzigen, pro-imperialistischen Führung nicht den Interessen der Arbeiter und Unterdrückten dient. Die LINKE-Führung tönte zwar groß gegen das Sondervermögen für Aufrüstung. Aber was hat sie getan? Sie hat es abgelehnt, die Einberufung des neuen Bundestages zu verlangen und so die Zweidrittelmehrheit von Schwarz-Rot-Grün zu verhindern. In der Endabstimmung dagegen zu stimmen war leicht, denn *da* kam es nicht mehr auf sie an.

Als sich abzeichnete, dass die LINKE in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zustimmen würde, formierte sich Widerstand. Ein offener Brief (19. März) forderte „ein klares Nein"! Der Brief bekam die Unterschrift von mehreren Tausend Mitgliedern und über 50 Parteigliederungen und -gruppierungen, darunter Ferat Koçak, die Kommunistische Plattform, AKL, Sol, SAV und viele mehr. Die LINKE-Vertreter im Bundesrat stimmten trotzdem zu. Die Linksjugend Solid Berlin zog nach der Zustimmung am 24. März die einzig richtige Konsequenz und forderte den Rücktritt und Austritt der Aufrüstungs-Unterstützer aus der Partei. Doch die LINKE-Führung nahm sie gegen diese völlig berechtigte Forderung in Schutz.

Was nun? Die Revolutionäre Internationalistische Organisation hat in einem offenen Brief an die LINKE-Mitglieder einen ausgezeichneten Vorschlag unterbreitet:

„Wir schlagen daher einen offenen Diskussionsprozess vor, für einen klaren antimilitaristischen Kurs und eine scharfe Opposition gegen die Kriegstreiber:innen in den Spitzen der Partei und ihre Anpassung an das deutsche Regime. Mit allen Mitgliedern, die für eine solche Diskussion offen sind, wollen wir gemeinsam Vorbereitungen treffen, die dazu beitragen können, beim Bundesparteitag am 9./10. Mai in Chemnitz eine oppositionelle Stimme gegen die Parteiführung zu erheben." (Für den sofortigen Ausschluss der Kriegstreiber:innen!, 28. März)

Es ist höchste Zeit dafür! Die antiimperialistische Linke hat sich der pro-imperialistischen Parteiführung zu lange untergeordnet. Denken wir nur an den „Kompromiss" vom Hallenser Parteitag: Um den Parteifrieden vor der Bundestagswahl zu wahren, wurde Palästina auf ganzer Linie verraten. ***Schluss mit der falschen Einheit!*** Lasst uns beim Chemnitzer Parteitag für folgende Forderungen kämpfen:

- Nein zur NATO! Keine Unterstützung, keine Waffen für die Ukraine und Israel!
- Schluss mit Völkermord, Vertreibung und Repression! Verteidigt die Palästinenser!
- Unterstützer von Aufrüstung, NATO und Waffenlieferungen raus aus der Partei! Sofortiger Ausschluss der pro-imperialistischen Führung um van Aken/Schwerdtner sowie in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern!

beiterfeindlichen Politik einen progressiven Anstrich zu geben und jede Opposition dagegen zu ersticken. Die Arbeiter wurden durch die Brandmauer regelrecht zur AfD getrieben. Wer gegen Merkels Flüchtlingspolitik war, galt als rechts und rassistisch. Wer gegen die arbeiter- und industriefeindlichen Öko-Maßnahmen ist, als Klimaleugner. Wer gegen die EU ist: Nationalist. Wer gegen die reaktionären Lockdowns in der Pandemie war: Querdenker und Verschwörungstheoretiker. Wer sich nicht in die NATO-Hetze gegen Russland einreiht: Putin-Anhänger. Das heißt ***nicht***, dass die AfD in irgendeiner dieser Fragen eine Antwort im Interesse der Arbeiterklasse hat, sondern zeigt, dass jedes Abweichen vom liberalen Mainstream pauschal als reaktionär dargestellt wird.

Nun hat Merz einen Schritt getan, der vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre und sogar von Merkel höchstselbst denunziert wurde: Er hat sich auf die Stimmen der AfD verlassen, um den Kurs in der Migrationspolitik zu ändern, weil SPD und Grüne dazu (noch) nicht bereit waren. Natürlich war Merz' Antrag inhaltlich vollkommen reaktionär und ein Frontalangriff auf Arbeiter und Unterdrückte, den man als Linker ablehnen muss. Gleichzeitig ist es notwendig, die Brandmauer-Ideologie als reine Abdeckung imperialistischer Politik zurückzuweisen – und nicht das ramponierte Image der pro-imperialistischen Linkspartei-Führung aufzubessern.

Die Wähler der AfD werden durch die staatstragende Reaktion der Linken nur darin bestätigt, dass diese keine Alternative zum Verrat der Arbeiterführer sind. Es wäre vielmehr notwendig gewesen, am Aufbau einer Opposition gegen die Linkspartei mitzuwirken – und zu diesem Zweck den Wahlkampf der MLPD zu unterstützen. Toralf hat diese Aufgabe angenommen und erklärt: „Nicht die Einheit gegen rechts kann die AfD stoppen, sondern nur die Einheit der Arbeiterklasse – gegen den Verrat von SPD und Linkspartei, die der AfD den Weg bahnen! Deshalb: Keine Stimme für SPD und Linkspartei – wählt MLPD!"

Es klingt verrückt, aber diese Differenz hatten wir auch ***mit der MLPD selbst***, die es abgelehnt hat, den politischen Kampf gegen die Linkspartei ins Zentrum ihres Wahlkampfes zu stellen. Sie ging der sozialdemokratischen Brandmauer-Politik vollkommen auf den Leim. Auch die MLPD erklärte, dass die Linkspartei zur Stärkung des antifaschistischen Kampfes wieder in den Bundestag einziehen müsse. Diese Anbiederung ging so weit, zur Wahl der pro-imperialistischen Linkspartei-Führer Ines Schwerdtner (Berlin-Lichtenberg) und Sören Pellmann (Leipzig) aufzurufen. Diese beiden, als zentrale Führer der Linksfraktion, haben gleich nach der Wahl ermöglicht, dass Merz und die SPD ihr Aufrüstungspaket noch durch den alten Bundestag bringen konnten – und damit erneut die AfD in ihrer Rolle als einzige Oppositionspartei gestärkt. Die „antifaschistische Einheit" hat also nicht nur dem Wahlkampf der MLPD geschadet, sondern auch dem Kampf gegen die AfD.

Linke und Migration

Bei aller Kritik, die die Linken an der Linkspartei auch in der Frage der Migrationspolitik haben, etwa wegen ihrer Abschiebepolitik in Landesregierungen: Sie begrüßen den

Fortgesetzt auf Seite 19

Es gibt eine echte Alternative für die Arbeiter

Wählt MLPD!

Trumps Rückkehr ins Weiße Haus zeigt klipp und klar, in welche Richtung sich die imperialistischen Herrscher orientieren. Jetzt, da ihre unangefochtene Vorherrschaft durch den Aufstieg von China und auch im Ukrainekrieg immer mehr unter Druck kommt, gehen sie weg vom süßlich-heuchlerischen Liberalismus, unter dessen Deckmantel die Arbeiter und Unterdrückten jahrzehntelang ruiniert wurden. Sie wenden sich hin zu einem rechtspopulistischen, reaktionären Kurs – mit noch mehr Aufrüstung und Angriffen auf die Arbeiter. Dass Österreich wahrscheinlich bald einen FPÖ-Kanzler hat und Kanadas Premierminister und liberales Aushängeschild Trudeau jetzt auch hinschmeißen muss, unterstreicht das nur.

In Deutschland hat die verhasste Ampel-Regierung den sich beschleunigenden Bankrott der liberalen Ordnung verwaltet, durch den NATO-Kriegskurs gegen Russland, massive Aufrüstung, ökonomischen Verfall und Deindustrialisierung – alles auf dem Rücken der Arbeiter. Nun stehen wir bei der kommenden Bundestagswahl vor einem gewaltigen Rechtsruck. Alles deutet darauf hin, dass Merz Kanzler wird. Noch besorgniserregender: Die AfD hat mittlerweile unter Arbeitern und sogar unter Gewerkschaftsmitgliedern mehr Unterstützung als jede andere Partei. Auch wenn die AfD eine andere Außenpolitik als den aktuellen NATO-Kurs propagiert und sich gegen die EU wendet, steht sie doch auf der ganzen Linie für die Herrschaft der deutschen Imperialisten, die die Arbeiter immer stärker angreifen. Aber die Frage ist doch: ***Warum*** verlieren Gewerkschaften und linke Parteien, warum gewinnt die AfD?

Um das zu beantworten, braucht man keine Magie: Es waren die Führer der Arbeiterklasse in Gewerkschaften, SPD und auch Linkspartei, die die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter in den letzten Jahren oft direkt durchgesetzt haben – wie in Ampel-Regierung oder zahlreichen Landesregierungen – oder auf Betriebsebene mitorganisiert haben und jeden Widerstand untergruben, wie gerade gesehen bei VW durch die IG-Metall-Führung.



Spartakist

Berlin, 18. Januar: Debatte über Klassencharakter von China zwischen MLPD, RCIT, Spartakisten

Gleichzeitig haben diese Führer den Arbeitern die liberale Weltsicht der Kapitalisten als fortschrittlich verkauft: Frieden, Freihandel, Euro und „offene Grenzen“ durch die EU, den Gürtel enger schnallen für den Klimaschutz, „Solidarität mit der Ukraine“ und horrende Energiepreise. Jetzt, da immer klarer wird, dass diese liberalen Mythen Instrumente für den Ruin der Arbeiter sind, wenden sich die Arbeiter davon ab, und das vollkommen zu Recht! Das Problem ist, dass immer mehr Arbeiter die reaktionäre AfD als einzige Alternative auf die Angriffe der letzten Jahrzehnte sehen.

Die dringende Aufgabe von Sozialisten und allen Kämpfern für die Arbeiter ist es, den berechtigten Hass und die Wut der Arbeiterklasse aufzugreifen und den Aufbau einer ***Arbeiteropposition*** gegen den Verrat von SPD, Linkspartei und Gewerkschaftsspitzen voranzutreiben!

Der Großteil der sozialistischen Linken geht aber in die entgegengesetzte Richtung und unterstützt weiterhin direkt die Linkspartei, etwa Sol, SAV, Revolutionäre Linke und Sozialismus von unten. Dabei weiß jeder, auch die genannten Organisationen, wofür die Führung der Linkspartei steht: Unterstützung für NATO, Ukraine und Israel, für Sanktionen gegen Russland und das Bekenntnis zur prozionistischen deutschen Staatsräson. Die Linkspartei trägt ebenso Verantwortung dafür, dass sich immer mehr Arbeiter, gerade im Osten, der AfD zuwenden.

Einige Arbeiter und Linke, wie z. B. in der DKP, gucken auf Wagenknechts BSW, das zwar einige spezifische reaktionäre Maßnahmen der Regierung richtigerweise ablehnt, wie die verheerenden Sanktionen gegen Russland. Aber auch das BSW lehnt einen Kampf gegen die NATO- oder Israel-Unterstützung der Kapitalisten ab und ist deshalb auch ohne weitere Probleme mit den NATO-Kriegstreibern von CDU und SPD in Landesregierungen in Thüringen und Brandenburg eingetreten. Das kann keine Alternative sein.

Im Gegensatz dazu steht die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD). Sie kandidiert bei dieser Wahl als einzige Kraft bundesweit auf einer Position im Interesse der Arbeiter und hat dafür in die Kämpfe der Arbeiterklasse interveniert: gegen die NATO, für Palästina und für Sozialismus. Deshalb ist die MLPD bei dieser Wahl die Alternative der Arbeiter. ***Wir rufen alle Arbeiter und Linken auf, am 23. Februar die MLPD/Internationalistische Liste zu wählen und mit uns gemeinsam ihren Wahlkampf zu unterstützen!***

Für die Einheit der Arbeiter *gegen* Liberalismus

Der fundamentale Grund, warum nicht die Sozialisten, sondern die rechten Populisten der AfD von der Krise profitieren, ist, dass sich die Linken immer mehr vor den Karren der liberalen Ideologie der Arbeiterführer haben spannen lassen. Eine letzte Zuflucht von SPD- und Linkspartei-Führern, um ihren bankrotten Laden zusammenzuhalten, ist das Ammenmärchen, dass der deutsche Imperialismus geläutert sei, die „Lehren aus der Geschichte“ des Faschismus gezogen hätte und jetzt die Einheit aller „fortschrittlichen, demokratischen Kräfte“ gegen die AfD notwendig sei. So

Fortgesetzt auf Seite 20

TORALF ENDRUWEIT IN DEN BUNDESTAG!

Gegen Krieg und Krise: ARBEITER AN DIE MACHT!



1. NEIN ZUR NATO!
Keine Unterstützung, keine Waffen für Ukraine und Israel!

2. STOPPT DIE DEINDUSTRIALISIERUNG!
Lasst russisches Gas und Öl rein!
Weg mit den Sanktionen!

3. FREIHEIT FÜR PALÄSTINA!
Schluss mit der Hetze gegen Muslime!
Gegen die Repression und alle Verbote!

4. HAFEN IN ARBEITERHAND!
Zerreißt den MSC-Deal!

- KEINE STIMME für die Arbeiterverräter von SPD & LINKE!
- Weder BSW noch die reaktionäre AfD sind Alternativen
- WÄHLT TORALF und die INTERNATIONALISTISCHE LISTE / MLPD!

Hafenarbeiter und Sozialist Toralf ist Direktkandidat im Wahlkreis Hamburg-Wandsbek auf der Internationalistischen Liste / MLPD.
Toralf unterstützt das Programm von *Spartakist* und das Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di.

Internationalistische Liste
MLPD

Kontakt: linktr.ee/hafkom   X @Hafenarbeiterko   f Toralf Endruweit

TORALF ENDRUWEIT BUNDESTAG‘A!

Savaşa ve krize karşı – İŞÇİLER İKTİDARA!

1. NATO‘YA HAYIR!
Ukrayna ve İsrail‘e destek yok, silah yok!

2. SANAYİSİZLEŞMEYİ DURDURUN!
Rus gaz ve petrolünün girmesine izin verin!
Yaptırımlara Hayir!

3. FİLİSTİN‘E ÖZGÜRLÜK!
Müslümanlara karşı cadı avını durdurun!
Baskıya ve tüm yasaklara karşı!

4. LİMAN İŞÇİLERİN ELİNDE!
MSC anlaşmasını yırtın!

- İşçileri satan SPD ve LINKE‘ye oy yok!
- Ne BSW ne de gerici AfD alternatif değildir.
- TORALF ve ENTERNASYONALİST LİSTE / MLPD‘YE OY VERIN!

Liman işçisi ve sosyalist Toralf, Hamburg-Wandsbek seçim bölgesinde doğrudan aday.
Toralf Spartakist ve Militan bir ver.di için Liman İşçileri Komitesi‘nin programını destekliyor.

Weg mit der Kündigung von Erik Helgeson!

Die schwedische Hafenarbeitergewerkschaft (Svenska Hamnarbetarförbundet bzw. Swedish Dockworkers Union, SDU) organisierte am 4. Februar einen sechstägigen Boykott von Waffentransporten nach Israel, um gegen das völkermörderische Massaker an den Palästinensern zu protestieren. Am Tag vor der Aktion war der Hafenverband Port of Sweden mit dem Versuch gescheitert, den SDU-Boykott gerichtlich für illegal erklären zu lassen. Am selben Tag wurde jedoch der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Erik Helgeson, von seinem Arbeitgeber, dem Göteborger RoRo-Terminal, unter dem Vorwand entlassen, gegen die „nationale Sicherheit" verstoßen zu haben. Diese Anschuldigungen sind ein verhängnisvoller Angriff auf die ganze Gewerkschaft und auf die internationale Arbeitersolidarität mit den belagerten Palästinensern. Das Komitee für soziale Verteidigung fordert zusammen mit unserer Schwesterorganisation Partisan Defense Committee (US) die **sofortige Wiedereinstellung von Erik Helgeson bei voller Lohnnachzahlung und allen Zulagen! Hände weg von der SDU**!

Von den USA bis Europa greifen die imperialistischen Hintermänner des israelischen Genozids pro-palästinensische Aktivisten massiv an. Demonstranten werden als Antisemiten oder Terroristen gebrandmarkt, brutal angegriffen, eingesperrt und entlassen. Der sechstägige Gewerkschaftsboykott von Waffenlieferungen an Israel durch die SDU weist den Weg für Arbeiteraktionen, die notwendig sind, um dem völkermörderischen Krieg gegen die Palästinenser einen wirklichen Schlag zu versetzen.



hamn.nu

Gewerkschaften auf der ganzen Welt, darunter auch der Vorstand der amerikanischen ILWU Local 10 in der Bay Area, haben damit begonnen, Helgeson und die SDU Gewerkschaft zu verteidigen. In Deutschland veröffentlichte die *Rote Fahne News* der MLPD (siehe „Hafenarbeiter beginnen Blockade israelischer Güter – Hafen-Kapitalisten kündigen Gewerkschaftsführer") den Protest der Kommunistischen Partei Schwedens, und Gewerkschafter:innen4Gaza (siehe www.gewerkschafter4gaza.de) fordern deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf, den Fall bekannt zu machen und sich ihrer Solidaritätserklärung vom Februar anzuschließen. Es ist notwendig, diese Verteidigung in gewerkschaftliche Aktionen gegen die imperialistischen Unterstützer Israels zu verwandeln, die der gemeinsame Feind der internationalen Arbeiterklasse und der belagerten Palästinenser sind.

– Veröffentlicht vom KfsV am 26. Februar

Freiheit für die Brüder Kononovich!



junge Welt

BERLIN, 6. März: Einheitsfrontprotest vor der Botschaft der Ukraine. Unterstützer von DKP, SDAJ, KP/KO, KPD (Ost), BSW, AK Internationalismus der IG Metall und SpAD folgten dem Appell der in der Ukraine inhaftierten Brüder Kononovich. Mikhail und Alexander Kononovich (Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine und führende Vertreter des ukrainischen Lenin-Komsomol) sind seit März 2022 wegen angeblichen Hochverrats angeklagt und unter Hausarrest gestellt. Ihnen wird vorgeworfen, „dem Militärdienst auszuweichen".

Die ukrainische Polizei nahm sie jetzt fest, um sie zwangsweise in die ukrainischen Streitkräfte einzuziehen, obwohl ein ukrainisches Gesetz ihre Mobilisierung zur Armee ausdrücklich verbietet. Im Appell der Brüder heißt es, dass die ukrainische Regierung sie „in den Krieg schicken und töten" wolle, weil sie sich dem Krieg gegen Russland widersetzen. Die Redner von DKP, SDAJ und Spartakist konnten dem ohrenbetäubenden Krach aus der ukrainischen Botschaft trotzen und gehört werden. Anschließend hat die IG-Metall-Verwaltungsstelle Berlin, voll auf Regierungskurs, ihren Arbeitskreis AK Internationalismus komplett von ihrer Website gelöscht. Dies kann unsere Solidarität nicht aufhalten.

Freiheit für die Brüder Kononovich!
Schluss mit der Verfolgung der Kommunisten in der Ukraine!

Weitere Informationen findet ihr:
http://free-kononovich.de/





Fotos: Hafenarbeiterkomitee

Hamburg, 18. März – Einheitsfrontprotest aufgerufen vom Bündnis Waffenlieferungen stoppen und Hafenarbeiterkomitee, Teilnehmer fordern u.a. Kein-NATO-Hafen in Hamburg und Solidarität mit Erik

Eriks Verteidigung muss weitergehen!

Hände weg von der schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft!

Folgendes Update erhielt Spartakist *vom Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di.*

Die schwedische Hafenarbeitergewerkschaft streitet jetzt vor Gericht, um Eriks Wiedereinstellung zu erreichen. Ihr Vorsitzender Martin Berg erklärt, dazu in einer Presseerklärung am 21. März: „Ich betrachte die Entlassung als einen Angriff auf die Gewerkschaft und hoffe, dass der Rest der Gewerkschaftsbewegung und der Zivilgesellschaft die Kraft haben wird, durchzuhalten und weiterhin Unterstützung und Solidarität zu zeigen.“

Gerade jetzt, wo die Regierung hier Aufrüstung in Milliardenhöhe durchgedrückt hat, müssen wir damit rechnen, dass die Hafenbosse auch unsere Gewerkschaft weiter angreifen werden. Um das Geld für ihren Kriegskurs zusammenzukriegen, müssen sie die Löhne noch weiter senken und Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtern. Damit dürfen sie nicht durchkommen! Deshalb müssen wir unsere Gewerkschaft stärken, auch international. Lasst uns jetzt weitere Aktionen für Erik vorbereiten. ***Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!***

Toralf: „Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaftsführung!“

Die Kundgebung „Solidarität mit Erik Helgeson! Keine Waffenlieferungen an Israel“ vom Bündnis Waffenlieferungen stoppen am 18. März in Hamburg an den Landungsbrücken war ein wichtiger erster Schritt. Das Hafenarbeiterkomitee für eine kämpferische ver.di hat mit aufgerufen und sich aktiv beteiligt. Toralf vom Komitee richtete einen Gruß und Dank von Erik an die Kundgebung aus und erklärte dann weiter:

„Die Kollegen sind gegen den Krieg, sie sind auch gegen den Genozid. Aber viele sehen nicht, was sie selbst tun können, um das zu stoppen. Ich wurde gefragt: ‚Warum ist der Erik gekündigt worden?‘ Ich sage: ‚Weil er israelische Waffen blockiert hat. Aus Rache dafür haben sie ihn gekündigt.‘ Und dann sagte jemand: ‚Ist es vielleicht schlecht, dass die Gewerkschaft Politik reinbringt in die Gewerkschaftsarbeit?‘ Ich kann das verstehen, weil die Gewerkschaft oft schlechte Politik reinbringt unter die Arbeiter. Wie: Die Lockdowns unterstützen, die Ukraine unterstützen, die Staatsräson unterstützen, die Sozialpartnerschaft … das ist alles schlechte Politik, die die Gewerkschaftsführung reinbringt in die Betriebe, und dann ist natürlich klar, dass die Leute erstmal auf Distanz gehen, wenn überhaupt Politik reingebracht wird...

Wir als Arbeiter haben die soziale Macht, diese Waffen zu stoppen und diesen Krieg zu stoppen. Ver.di hat eine offizielle Erklärung für Erik geschrieben und veröffentlicht. Aber was machen sie damit? Wo sind die offiziellen ver.di-Vertreter heute hier, die hier auch reden für Erik, einer ihrer Kollegen. Es gab diesen Kampf gegen die Privatisierung der HHLA und es gab da auch eine schlechte Politik, einfach durch Gespräche die Politiker zu überzeugen, nicht die Privatisierung durchzuziehen. Aber das war vergeblich. Was wir brauchen, ist eine Auseinandersetzung mit dieser Art der Politik, die von der Gewerkschaftsführung den Arbeitern aufgedrückt wird. Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaftsführung, die eine gute Politik, Arbeiterpolitik reinbringt. Machen wir uns nichts vor. Israel wird so lange existieren, wie der US-Imperialismus und der deutsche Imperialismus Israel unterstützen. Und nur die Arbeiterklasse kann das unterbinden. Dafür brauchen wir eine politische Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung.“ ■



Nur Antiimperialismus kann die Völker Syriens vereinen

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 255, Winter 2025, Zeitung unserer Schwesterorganisation Spartacist League/Britain.*

Nach dem Sturz des verhassten Regimes von Baschar al-Assad kam es zu Szenen unbändigen Jubelns. Der Diktator ist nun zwar weg, aber viele fürchten sich vor dem, was danach kommt. Die Erfahrungen mit Libyen, Irak und Afghanistan zeigen, dass der Zusammenbruch eines verhassten Regimes nicht automatisch Fortschritt mit sich bringt. Im Falle Syriens bezweifeln selbst die optimistischsten Beobachter, dass an den demokratischen Versprechungen der neuen Regierung unter Führung von Hajat Tahrir al-Scham (HTS), einer islamistischen Miliz, die ursprünglich mit al-Qaida verbunden war, etwas Wahres dran ist. Wie kann man in der gegenwärtigen Situation die demokratischen und sozialen Bedingungen verbessern? Das ist die entscheidende Frage, mit der die fortschrittlichen und proletarischen Kräfte in Syrien heute konfrontiert sind.

Einige glauben törichterweise, man könne zu demokratischen Fortschritten dadurch kommen, dass die USA und die EU ihre Sanktionen lockern und Hilfe leisten. Dies ist ein gefährliches Trugbild. Die westlichen imperialistischen Mächte sind dafür verantwortlich, dass Syrien und die gesamte Region in ständigen Konflikten stecken. Ihre Phrasendrescherei über Demokratie und Bürgerrechte sollte immer nur übertünchen, was ihr wirkliches Interesse ist: sicherzustellen, dass kein Staat und keine Koalition die Ausplünderung der Ressourcen Westasiens aufhalten kann.

Immer wieder sind sie nach dem gleichen Drehbuch des Teilens und Herrschens vorgegangen und haben die kurzfristigen Interessen eines religiösen oder nationalen Teils der Bevölkerung ausgenutzt, um einen weitergehenden Konflikt zu schüren und die Region in sich gespalten zu halten. Das ist kein Geheimnis, und es sollte auf der Hand liegen, dass sozialer Fortschritt im Nahen Osten nur auf Kosten der USA und ihres zionistischen Kampfhundes möglich ist. Aber die Realität ist stets komplizierter als die Theorie. Das Problem ist: In einer derart gespaltenen und armen Region gibt es immer jemanden, der zum Feind im Inneren und zu einer größeren unmittelbaren Gefahr erklärt werden kann als eine fremde ausländische Macht.

Aus diesem Grund hält sich der Syrienkonflikt so hartnäckig. Korrupte einheimische Cliquen und ausländische Akteure nutzen die legitimen Bestrebungen, Ängste und Sorgen einzelner Teile der Bevölkerung aus, um ihre eigenen reaktionären Interessen durchzusetzen. Die Unterdrückung der Kurden durch viele Staaten in der Region wird von den USA und Israel instrumentalisiert. Den Hass auf Assad und die Unterdrückung durch den Westen machen sich verschiedene sunnitische islamistische Kräfte zunutze. Für Assad wiederum war eine tragende Säule seines Regimes die berechtigte Furcht der Alawiten und anderer Minderheiten vor Vergeltung für die historische Unterdrückung der sunnitischen Muslime.



Chris McGrath/Getty

13. Dezember 2024: Menschenmenge in Damaskus feiert den Sturz der Assad-Diktatur. Wie geht es weiter mit Syrien?

Um die Völker Syriens zu vereinen und die Region wirklich voranzubringen, reicht es nicht aus, demokratische und sozialistische Plattheiten von sich zu geben. Es ist erforderlich, ein Programm vorzulegen, das die Knoten des Sektarismus (d. h. der Spaltung entlang nationaler, ethnischer und konfessioneller Linien) lösen und die wirklich revolutionären und fortschrittlichen Kräfte über religiöse und nationale Grenzen hinweg umgruppieren kann. Dies lässt sich nicht dadurch erreichen, dass man diejenige Kraft unterstützt, die im Moment als am wenigsten reaktionär gilt. Es kommt vielmehr darauf an, die fortschrittlichen Impulse in jedem Lager – Alawiten, Sunniten, Araber, Kurden usw. – von den reaktionären Kräften zu trennen, die diese Impulse zur Durchsetzung von Eigeninteressen ausnutzen. Das ist nicht der leichteste Weg, aber der einzige, der den Völkern Syriens und der Region eine Zukunft bietet.

Das reaktionäre baathistische Regime

2011 brachen in ganz Syrien Proteste aus, die die demokratischen Bestrebungen einer Bevölkerung widerspie-

gelten, die seit 1970 unter der dynastischen Diktatur der Assad-Familie gelebt hatte. Das Regime antwortete mit einer Welle brutaler Unterdrückung und machte so aus einer Protestbewegung nach und nach einen Bürgerkrieg. Um diese Entwicklung zu verstehen, muss man sich die grundlegenden Merkmale des baathistischen Regimes unter Baschar al-Assads Führung vor Augen führen.

Die syrische Baath-Partei hatte als Grundlage das panarabische Projekt, die verschiedenen Völker der Region in einem gemeinsamen nationalen Modernisierungsprojekt zu vereinen. Zeitweise gab sich das Regime einen sozialistischen Anstrich und verstaatlichte große Teile der Industrie. Doch wie in vielen arabischen und muslimischen Ländern bestand die soziale Basis des Regimes im Wesentlichen aus den hochrangigen Militärs und engen Kreisen einer kosmopolitischen Wirtschaftselite. Während diese Schichten in gewisser Hinsicht fortschrittliche, auf Säkularismus und Modernität ausgerichtete Bestrebungen verkörpern, sind ihre Klasseninteressen letztlich rein eigennützig und stehen im Widerspruch zu denen der verarmten Masse der Bevölkerung. In Wahrheit war der Antiimperialismus der Assads immer sehr fadenscheinig: Kriegseintritt in den libanesischen Bürgerkrieg mit stillschweigender Zustimmung von Amerika und Israel, Beteiligung am Golfkrieg 1991 und Zusammenarbeit mit Bush bei seinem „Krieg gegen den Terror" in dessen Anfangsjahren.

Wenn sich Regime wie das von Assad zur Unterdrückung ihres Volkes hinter einer säkularen und sogar sozialistischen Fassade verstecken, formiert sich die Opposition gegen sie im Allgemeinen entlang religiöser und konfessioneller Trennlinien und eben nicht entlang von Klassengrenzen. So war es beim Arabischen Frühling 2011, als die Volksaufstände, die in städtischen Zentren gegen die Diktaturen in Tunesien, Ägypten, Syrien und anderen Ländern begannen, zunehmend den Charakter eines religiösen Kampfes der unterdrückten sunnitischen Massen gegen die säkularen Militäreliten annahmen. In Syrien wurde diese Dynamik durch die Tatsache verstärkt, dass die Grundlage des Assad-Regimes auf die Glaubensgruppe der Alawiten beschränkt ist, die nur einen kleinen Teil der syrischen Bevölkerung stellt, von der über 70 Prozent sunnitisch sind.

Dies bedeutete, dass Assad bei Ausbruch der Proteste nur auf eine sehr kleine Unterstützerbasis in der Gesellschaft zählen konnte. Um sich an der Macht zu halten, konnte er nur auf die Teile der syrischen Armee zurückgreifen, deren Loyalität außer Frage stand. Als dann die Unzufriedenheit zunahm, griffen die Regierungstruppen zu immer blutigeren Taktiken, um Einsatzkräfte zu sparen. Die Truppen des Regimes bombardierten massiv Stadtgebiete, insbesondere sunnitische Viertel. Dieses Vorgehen und die Einmischung ausländischer Mächte trugen aktiv dazu bei, dass sich der Volksaufstand in einen konfessionellen Bürgerkrieg verwandelte.

Es steht außer Frage, dass die USA und ihre Verbündeten versuchten, die syrische Regierung zu destabilisieren und schließlich zu stürzen. Sie verhängten nicht nur erdrückende Wirtschaftssanktionen gegen das Land, sondern bewaffneten, trainierten und finanzierten auch verschiedene Rebellengruppen. Die Verteidiger des Assad-Regimes verweisen auf diese Tatsachen als Argumente dafür, dass man es als kleineres Übel gegen die pro-imperialistischen konfessionellen Kräfte, aus denen sich die Rebellion zusammensetzt, unterstützen musste.

Es war sicherlich notwendig, sich der Aggression des westlichen Imperialismus gegen Syrien entgegenzustellen. Aber das Regime führte zu keiner Zeit einen nationalen Verteidigungskrieg gegen den Imperialismus, und es lag nicht im Interesse der Arbeiterklasse, es zu verteidigen. Trotz seines panarabischen Anspruchs stellte das baathistische Regime nie eine echte nationale Regierung dar. Der von ihm geführte Krieg ging nicht darum, das arabische Volk gegen eine ausländische Aggression zu vereinigen. Vielmehr war es immer ein Krieg für den Machterhalt der kleinen Clique korrupter Assad-Loyalisten, die sich auf die Alawiten stützten. Gerade die konfessionelle und diktatorische Grundlage des Regimes hat, mehr noch als Geld, Waffen oder Sanktionen, die zentralisierte syrische Regierung untergraben und schließlich zu ihrem Zusammenbruch geführt.

Durch die Unterdrückung der sunnitischen Araber und der Kurden, die Verweigerung elementarer demokratischer Rechte und die Abschöpfung des Reichtums des Landes hat das Assad-Regime den Imperialisten und Regionalmächten den Weg geebnet, sich die Situation zur Durchsetzung ihrer eigenen reaktionären Pläne zunutze zu machen. Das Regime konnte man nicht verteidigen, denn es trug nicht zur Verteidigung Syriens gegen die imperialistische Ausplünderung bei, sondern untergrub sie. Das Eingreifen Russlands und des Iran zur Unterstützung von Assad war eigennützig und reaktionär, nicht antiimperialistisch.

Viele in Syrien und international unterstützten das Assad-Regime nicht aus korruptem Eigeninteresse, sondern weil sie in ihm das einzige Bollwerk gegen religiöse Reaktion und die Zerstückelung Syriens sahen. Viele Alawiten und andere Minderheiten unterstützten das Regime nicht aus Liebe zu Assad, sondern weil sie befürchteten, Ziel von Racheakten zu werden, wenn er seine Macht verliert. Diesen Schichten galt und gilt es zu zeigen, dass nationale Einigung, langfristige Sicherheit für Minderheiten sowie sozialer und demokratischer Fortschritt nur in Opposition zum baathistischen Regime erreicht werden können. Andere, darunter die Hisbollah, unterstützten das Regime militärisch, da sie die Folgen seines Zusammenbruchs für den Kampf gegen Israel fürchteten. Diesen Leuten hätte man aufzeigen müssen, dass Assads konfessionelle Spaltungen diesen regionalen Kampf schwächten.

All das macht deutlich, dass die Aufgabe nicht darin bestand, die Assad-Tyrannei zu verteidigen, sondern sie auf ***fortschrittliche*** Weise zu stürzen. Dies ist jedoch eindeutig ***nicht*** geschehen.

Das Scheitern der demokratischen Revolution

Wie konnte die Bewegung gegen Assad, die als spontaner Aufstand für demokratische Rechte begann, zunehmend von reaktionären islamistischen Kräften dominiert werden und zum offenen Tummelplatz für ausländische Mächte werden? Wir haben bereits gesehen, wie das Assad-Regime selbst zu dieser Entwicklung beitrug. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, muss man auch die Dynamik und das Versagen innerhalb der Opposition und der verschiedenen Rebellengruppen betrachten.

In Ländern, die von Diktaturen regiert werden, die dem Westen gegenüber feindlich sind, gibt es unter Progressiven eine starke Neigung, auf imperialistische Demokratien als Gegengewicht zu setzen. Das Beispiel des syrischen Bürgerkriegs zeigt, welch fataler Fehler dies ist. Im Grunde ist vor allem der Glaube an die westliche Demokratie die Erklärung dafür, warum Assad schließlich von fundamentalistischen islamistischen Kräften gestürzt wurde und nicht von einer Bewegung, die für die revolutionären demokratischen Bestrebungen steht, von denen die Völker in Syrien anfangs aufgerüttelt wurden.

Als Assad seine Sicherheitskräfte einsetzte, um die Unzufriedenheit brutal zu unterdrücken, bildeten sich örtliche Milizen zur Verteidigung der Gemeinschaften. Schließlich stießen immer mehr Überläufer von Regierungstruppen hinzu. Während des gesamten Bürgerkriegs mussten Sozialisten und Werktätige die von kommunalistischen Massakern

bedrohten Gemeinden verteidigen. Was jedoch als heroische Selbstverteidigungsbewegung begann, wurde schließlich zu einem militärischen Feldzug gegen die Regierung, der sich den Interessen der westlichen Imperialisten unterordnete. So kam es nicht nur zu militärischen Desastern, sondern auch zum Verrat an jeder Hoffnung auf eine demokratische und soziale Revolution in Syrien.

In einem Bericht aus dem Jahr 2016 berichtet Félix Legrand von der Arabischen Reforminitiative ausführlich über einige Gründe für die Marginalisierung der Freien Syrischen Armee (FSA), der wichtigsten Rebellentruppe in der Anfangsphase des Bürgerkriegs. Als erstes stellt der Bericht fest, wie die politische Zersplitterung die FSA gelähmt hat (kann es aber nicht erklären). Der Grund dafür ist, dass die FSA zwei zueinander widersprüchliche Kräfte repräsentierte. Auf der einen Seite die Bestrebungen der Bevölkerung nach demokratischem und sozialem Fortschritt und auf der anderen Seite die Interessen ausländischer Mächte.

Aufgrund ihrer Unterordnung unter den Imperialismus war die FSA nie in der Lage, die arbeitende Bevölkerung Syriens im gemeinsamen Kampf gegen die wirtschaftlichen Interessen der Elite und für Demokratie zu vereinen. Schließlich wollen sowohl die USA als auch ihre Verbündeten auf gar keinen Fall, dass in Syrien ein starker, demokratischer – geschweige denn sozialistischer – Staat entsteht. Und so war das demokratische Programm der FSA letzten Endes zusammenhangslos und stand nur auf dem Papier. Im Gegensatz dazu konnten sich sowohl die islamistischen als auch die kurdischen Kräfte auf ein jeweils gemeinsames Projekt einigen, religiös für erstere, national-demokratisch für letztere.

Zum Schluss seines Berichts stellt Legrand fest:

> „Was die FSA zur Randerscheinung auf den Schlachtfeldern gemacht hat, ist ihre Unfähigkeit, sich ausländischen Unterstützern zu widersetzen und einen gewissen Einfluss auf die ihnen auferlegten Entscheidungen auszuüben."

Tatsächlich wurde es im Laufe des Bürgerkriegs für alle immer offensichtlicher, dass die FSA keine Bewegung zur Befreiung der syrischen Bevölkerung darstellte, sondern ein Werkzeug Washingtons war. Das zeigte sich am deutlichsten daran, dass sie mehrfach dazu gezwungen war, die Feindseligkeiten gegen Assad einzustellen, um dringendere Interessen der USA durchzusetzen, sei es beim Kampf gegen den IS oder bei der Sicherung der jordanischen Grenze.

Diese fügsame Unterwerfung wurde von den islamistischen Kräften zu Recht als Verrat gebrandmarkt und trug zu der großen Zahl von Überläufern aus den Reihen der FSA bei. Im weiteren Verlauf des Bürgerkriegs verlor die FSA immer weiter an Bedeutung, und islamistische Kräfte wurden mehr und mehr zur einzigen wirklichen militärischen Opposition gegen Assad.

Was war also der richtige Weg für diejenigen, die auf eine soziale und demokratische Revolution in Syrien hofften? Die „demokratische" FSA weiterhin zu unterstützen und für mehr westliche Unterstützung zu werben? Nein. Eine Unterstützung durch den Westen ist niemals den Preis wert, der dafür verlangt wird: politische Unterwürfigkeit. Noch falscher war es, eine direkte militärische Intervention zu fordern, wie es viele taten. Das hätte nur die Versklavung Syriens durch den Imperialismus bedeutet – ein noch schlimmeres Ergebnis als das, mit dem wir es heute zu tun haben. Was ist mit den islamistischen Kräften? Musste man sie als die einzige Kraft unterstützen, die den Kampf gegen Assad objektiv vorantreibt? Offensichtlich nicht. Ihr Sieg stellt ebenso wenig einen Fortschritt dar wie die fortgesetzte Herrschaft Assads. Diejenigen, die das bezweifeln, werden sich früh genug selbst davon überzeugen können.

Was notwendig war, aber während des gesamten Konflikts fehlte, war ein echter Kampf unter den demokratischen Kräften für eine völlige Abkehr von der Unterordnung unter die USA. Waffen von jedem anzunehmen, von dem man sie bekommen kann, ist eine Sache, aber sich dabei zum Sklaven der reaktionärsten Mächte der Welt zu machen ist etwas ganz anderes. Eine klare und grundsätzliche Opposition gegen die USA und ihre Stellvertreter hätte es ermöglicht, den Kampf gegen Assad zu einem festen Bestandteil der Befreiung der gesamten Region vom Imperialismus zu machen. Dies hätte einerseits die Anziehungskraft des Regimes untergraben, das sich als einziger Verteidiger von Syriens nationaler Unabhängigkeit darstellte. Es hätte aber auch dazu beigetragen, den Konflikt zu einem echten demokratischen und nationalen Aufstand zu machen und die Voraussetzung zu schaffen, die verschiedenen ethnisch-konfessionellen und religiösen Gruppierungen zu polarisieren und zu spalten.

Die entscheidende Lehre ist letztendlich, dass eine radikal-demokratische, sozialistische Lösung in Syrien nur in Opposition zu den USA und Israel zustande kommen konnte.



Erik de Castro/Reuters

Demokratische Kräfte Syriens unter kurdischer Führung bei Einnahme von Rakka, 2017. Abhängigkeit kurdischer Nationalisten von US-Oberherren ist Katastrophe für Befreiungskampf

Die kurdische Frage

Für viele, besonders in der Linken von Türkiye und Westeuropa, stellen die kurdischen Kräfte unter der Führung der Volksverteidigungseinheiten (YPG) eine echte revolutionäre und demokratische Alternative im syrischen Bürgerkrieg dar. Es stimmt, dass der national-demokratische Aufstand in Rojava das Potenzial dazu hatte, ein echtes Leuchtfeuer für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt in ganz Westasien zu sein. Doch die in die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) umgruppierten kurdischen Streitkräfte haben sich ebenso wie die FSA den USA untergeordnet und spielen somit eine insgesamt reaktionäre Rolle.

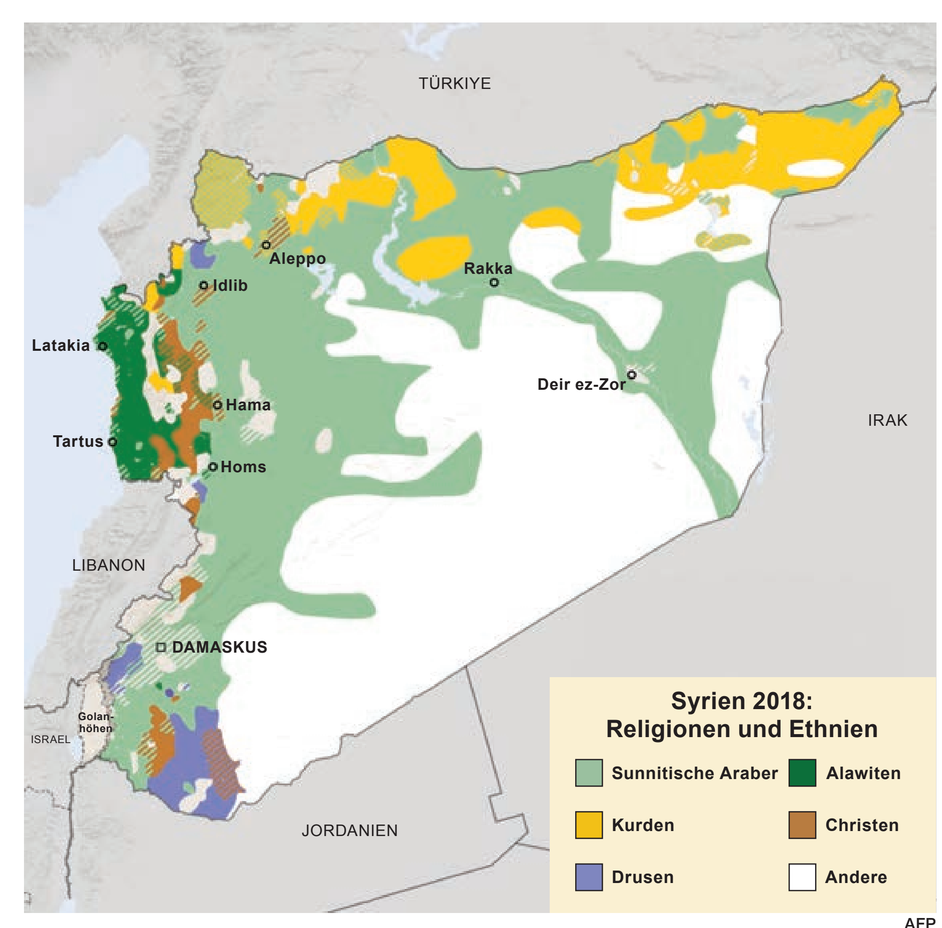
Es war eine Sache, angesichts der Gefahr ethnischer Auslöschung Hilfe von den USA anzunehmen und ein objektives Bündnis einzugehen. Das war 2014 bei der Belagerung von Kobanê durch IS-Streitkräfte der Fall. Dabei war es eine sterile und reaktionäre Absurdität, einem Volk die Mittel zu verweigern, sich in einer solchen Lage auf jede er-

denkliche Weise zu verteidigen[1]. Eine ganz andere Sache war es jedoch, eine gemeinsame Offensive mit US-Truppen in mehrheitlich von Arabern bewohnte Gebiete zu eröffnen, wie es die SDF getan haben.

Selbstverständlich war der IS eine äußerst reaktionäre Kraft und stellte eine Bedrohung für alle religiösen und nationalen Minderheiten in der Region dar. Seine Stärke lag jedoch vor allem in der brutalen Unterdrückung der Sunniten nach der US-Invasion des Irak. Die militärische Niederlage des IS trug nichts dazu bei, das Problem an der Wurzel zu packen. Ganz im Gegenteil: Die weitreichende Verwüstung von Städten wie Rakka durch die USA mit Hilfe kurdischer Kräfte kann nur noch mehr Feindseligkeit hervorrufen.

Statt ein potenzielles Leuchtfeuer für revolutionären antiimperialistischen Widerstand zu sein, werden die YPG und die kurdischen Kräfte nun von vielen in der Region für Agenten der USA gehalten. Zum Beispiel sind sie direkt verantwortlich für die Ausplünderung syrischen Öls durch die Amerikaner. Nichts verdeutlicht die bankrotte Position der kurdischen Führung mehr als ihre ausweichende Haltung zum Völkermord an den Palästinensern in Gaza, mit der sie das Ziel verfolgt, ihre Verbündeten nicht zu verprellen. Die kurdische Nationalbewegung hält sich vom internationalen Kampf gegen Israel seit dem 7. Oktober auffallend fern und hat kürzlich einen diplomatischen Dialog mit Tel Aviv aufgenommen. Zwar könnte die Palästinafrage die perfekte Brücke sein, um die Sache der Kurden und der übrigen Region, auch von Türkiye, miteinander zu verbinden, doch isoliert das Ausbleiben konkreter Aktionen kurdischer linker Organisationen zur Verteidigung Palästinas die Kurden einmal mehr und macht sie anfälliger für künftige Angriffe und noch abhängiger von den USA.

Die kurdische nationale Bewegung muss dringend zu ihren eigenen Bedingungen die Allianz mit den USA abbrechen. Dies ist nicht nur für die Befreiung der gesamten Region aus den Fängen des US-Imperialismus elementar notwendig, sondern auch für die nationale und soziale Befreiung der Kurden selbst, in Syrien und darüber hinaus.



Syrien: Flickenteppich von Völkern, Briten und Franzosen zogen willkürliche Grenzen. Nur gemeinsamer Kampf gegen den Imperialismus kann Einheit schmieden

Wie weiter?

Der Zusammenbruch des Assad-Regimes hat ein gewisses Vakuum und eine Offenheit für politische Debatten geschaffen. Diese Gelegenheit wird wahrscheinlich nicht von langer Dauer sein und muss dazu genutzt werden, den Kampf gegen das neue Regime zu organisieren und eine politische Neuausrichtung herbeizuführen. Was während des gesamten Bürgerkrieges gefehlt hat, ist eine wirklich antiimperialistische, demokratische und sozialistische Alternative. Die vor uns liegende Aufgabe besteht darin, eine solche Alternative aufzubauen und dabei die Lehren aus dem Bürgerkrieg zu ziehen.

Erstens: Nur durch Opposition zur imperialistischen Unterdrückung der gesamten Region können wir mit der Vereinigung der Völker Westasiens beginnen. Arbeiter und Bauern aus Türkiye, Kurdistan, Syrien, Iran, Libanon, Palästina und Irak werden alle durch das von den USA beherrschte internationale System unterdrückt. Ausgangspunkt muss der Widerstand gegen die wirtschaftliche und militärische Plünderung durch die USA und ihre Verbündeten sein, insbesondere durch Israel, das immer weitere Teile Südsyriens und des Libanon erobert.

Zweitens: Echte Einigkeit gegen ausländische Unterdrückung kann nur durch die Anerkennung der demokratischen Rechte religiöser und nationaler Minderheiten erreicht werden. Die Imperialisten haben die Region so gestaltet, dass sie deren Bevölkerung spalten können; nur echte Selbstbestimmung kann diese Wunden heilen. Wir müssen für ein Palästina und ein Kurdistan kämpfen, die frei sind von nationaler Unterdrückung. Wir müssen gegen staatliche Verordnung von Religion und für die Emanzipation der Frauen kämpfen.

Zu guter Letzt: Wenn der syrische Bürgerkrieg und der Palästinakonflikt eines gezeigt haben, dann dass die herrschenden Eliten der arabischen und muslimischen Welt korrupte Verräter sind, die die Befreiung ihres Volkes für kurzfristige wirtschaftliche oder politische Vorteile opfern werden. Jeder Kampf für Demokratie und Befreiung vom Imperialismus wird gegen diese Gesellschaftsklasse geführt werden müssen, egal wie antiimperialistisch sie gelegentlich auch tönt. Die Zukunft des Nahen Ostens und Syriens liegt in den Händen der arbeitenden Menschen und nicht der Eliten. *Gemeinsam gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien – für eine sozialistische Föderation Westasiens!* ■

1 Diese falsche Herangehensweise vertrat die IKL in ihrer Berichterstattung über die Schlacht von Kobanê und den gesamten syrischen Bürgerkrieg. Der vorliegende Artikel stellt eine Korrektur dar, die im Einklang mit unserer allgemeineren Neuausrichtung steht. Siehe „Zur Verteidigung der permanenten Revolution“, *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 34, Dezember 2023.

Ukraine-Krieg: Sag

An die Russland-Unterstützer

Ist es das, was ihr wolltet? Russland ist im Begriff, seine Kriegsziele zu erreichen. Selenskyj wird bald weg sein, die Ukraine entmilitarisiert werden und die NATO-Osterweiterung zum Stillstand kommen. Entweder werden die USA diesen Bedingungen zustimmen und die Ukraine an die russische Einflusssphäre abtreten oder russische Panzer werden durch die Ukraine rollen und sie auf direktem Wege durchsetzen. Trump macht keinen Hehl daraus, dass er durch ein Abkommen mit Russland das Ziel verfolgt, militärische Ressourcen weg von Russland nach China zu verlagern. Was das Schicksal der Ukraine angeht, stellt sich lediglich noch die Frage, wieviel ihres Territoriums unter direkter russischer Besatzung stehen und wieviel davon neokolonialer Ausbeutung unter dem amerikanischen Stiefel unterworfen sein wird.

Ist dies auch nur ansatzweise ein Sieg für die Arbeiterklasse in der Ukraine, in Russland oder anderswo? Sicherlich nicht. Dennoch haben viele Linke und sozialistische Organisationen aktiv auf dieses Ergebnis hingearbeitet, indem sie einen militärischen Sieg Russlands unterstützten. Real ist ein russischer Sieg zwar eine Demütigung für die USA, aber er bringt die Sache der Unterdrückten in keiner Weise voran.

Haben die jüngsten Entwicklungen dazu geführt, dass die pro-russischen Sozialisten ihre Position überdenken? Leider nicht. Es herrscht allerdings eine ominöse Stille. Zumindest scheinen die meisten von ihnen zu verstehen, dass es an der gegenwärtigen Lage nichts zu feiern gibt. Der sich abzeichnende russische Sieg fühlt sich durchaus nicht so an wie der Einmarsch des Vietcong in Saigon oder selbst die Flucht der Amerikaner mit eingekniffenem Schwanz aus Afghanistan. Was ist also schiefgelaufen? Wie kam es dazu, dass so viele Linke in einem der entscheidendsten Weltkonflikte eine so falsche Position einnehmen?

Die Logik der pro-russischen sozialistischen Position ist folgende: Sie beginnt ganz richtig damit, den Krieg in der Ukraine als einen Stellvertreterkrieg zu benennen, der von den USA durch die NATO-Erweiterung bis an die Grenzen Russlands provoziert wurde. Und da die USA der imperialistische Hegemon und Russland nur eine Regionalmacht ist, erklären diese Linken, dass ein russischer Sieg die USA schwächen und somit im Interesse der internationalen Arbeiterklasse sein würde. Diese Methode hat allerdings mehr mit Buchhaltung zu tun als mit Marxismus. Etwas ist nicht automatisch fortschrittlich, nur weil es ein Schlag gegen den Imperialismus ist.

Marxismus besteht nicht darin, einer bestimmten Situation vorgefertigte Formeln aufzukleben. Vielmehr versucht er, den Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse ausgehend von der lebendigen Realität voranzubringen. Im Ukraine-Krieg, wie in jedem anderen auch, versuchen Marxisten, die Einheit des Proletariats über Grenzen hinweg zu fördern. Aber diese Einheit ist unmöglich, wenn die Arbeiter einer dominierenden Nation ihre eigene herrschende Klasse bei der Unterdrückung einer anderen Nation unterstützen.

Insofern ist es von Bedeutung, dass die USA nicht direkt in russisches Hoheitsgebiet einmarschiert sind (wie sie es im Irak taten), sondern dass Russland als Reaktion auf die Provokationen der USA in die Ukraine einmarschiert ist. Russland ist nicht von nationaler Unterdrückung bedroht. Die Ukrainer und die russischen Minderheiten in der Ukraine sind dieser Bedrohung ausgesetzt. Tatsächlich war von Anfang an klar, dass ein Sieg in diesem Krieg, egal auf welcher Seite, auf Kosten einer dieser beiden Gruppen gehen wird. Das heißt, dass die Einheit der Arbeiter nicht durch den Sieg einer der beiden kriegführenden Seiten erreicht werden kann.



Kreml

Putin mit General in Kursk, Russland, 12. März

Aber was ist mit der Niederlage des US-Imperialismus in der Ukraine? Warum wird das keinen Sieg für die Arbeiterklasse bedeuten? Die Antwort ist einfach. Wir haben es hier nicht mit einem Land zu tun, das von ausländischer Unterdrückung befreit wird, sondern lediglich mit der Ablösung einer Unterdrückermacht durch eine andere. Zudem haben US-Truppen nicht in der Ukraine gekämpft. Ein russischer Sieg ist keine unmittelbare Niederlage für das US-Militär und wird kaum zu Unzufriedenheit in den eigenen Reihen oder in der amerikanischen Gesellschaft insgesamt führen. Auch hierin besteht ein großer Unterschied zu Vietnam, Afghanistan und Irak. Für die USA bestand Plan A darin, die Ukraine zu benutzen, um Russland eine strategische Niederlage beizubringen. Da dies fehlschlug, wechseln sie zu Plan B: die Ukraine ihrem Schicksal überlassen, ein Abkommen mit Russland aushandeln und sich auf China konzentrieren. Wie soll dies ein Sieg für die Arbeiter sein?

Die Anzeichen sind bisher nicht vielversprechend; aber da die reaktionären Folgen eines russischen Sieges immer deutlicher werden, hoffen wir, dass die Sozialisten, die Russland unterstützen, endlich aufwachen und die richtigen Lehren aus dieser Erfahrung ziehen.

Seit Februar 2022 konnte der Krieg nur dann einen fortschrittlichen Ausgang nehmen, wenn sich die Soldaten und Arbeiter beider Seiten gegen ihre eigenen Machthaber wenden und gegen ihre Ausbeuter vereinigen würden. Dies ist kein frommer Wunsch, sondern eine objektive Notwendigkeit. Das Überleben der ukrainischen Nation hängt davon ab, dass die Arbeiter sich der Selenskyj-Clique entledigen und die Verbindung zum westlichen Imperialismus abbrechen. Die russischen Arbeiter wiederum haben kein Interesse daran, zum Wohle der Oligarchen für die Unterjochung der Ukraine zu kämpfen, genauso wenig wie sie ein Interesse an der Unterdrückung nationaler Minderheiten innerhalb Russlands haben. Wenn sie die Bedrohung durch den Imperialismus wirklich zurückschlagen wollen, müssen sie mit

mir, wo du stehst

An die Ukraine-Unterstützer

Donald Trump brauchte nur eine Stunde, um der Welt die wahre Natur der Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA vor Augen zu führen. Bei seinem Treffen mit Selenskyj im Weißen Haus machte er deutlich, dass die USA von der Ukraine erwarten, ein unterwürfiger Erfüllungsgehilfe zu sein. Trumps Demütigung Selenskyjs war eine groteske Zurschaustellung von Großmachtchauvinismus, aber das hat man davon, wenn man sein Schicksal an die reaktionärste Kraft der Welt bindet. Wie Henry Kissinger sagte: „Es mag gefährlich sein, Amerikas Feind zu sein, aber Amerikas Freund zu sein ist tödlich."

Die zahlreichen Sozialisten, die die Ukraine unterstützen, meinen, Trump habe vor Putin kapituliert. In Wahrheit haben sich die US-Machthaber nie um die Unabhängigkeit der Ukraine geschert. Die Rufe nach „Freiheit für die Ukraine" wurden von den westlichen Machthabern zynisch für ihre eigenen Interessen ausgenutzt. Wo Biden ein Heuchler war, ist Trump ehrlich. Das Problem ist, dass sich wichtige Teile der Linken die liberale Propaganda des Weißen Hauses von Biden zu eigen gemacht haben. Für sie ist die Beteiligung der USA ein zweitrangiger Faktor; was wirklich zählt, sei der Kampf gegen die russische Aggression. Eine solche Sichtweise beruhte schon immer auf der Verleugnung des politischen Kräftespiels in Osteuropa, wo die USA seit 1990 ständig in der Offensive sind. Aber heute, wo die US-Herrscher offen aussprechen, dass die Ukraine nur ein Erfüllungsgehilfe ist, muss man schon sehr realitätsfremd sein, um zu glauben, dass die nationale Befreiung der Ukraine die zentrale Frage in diesem Krieg war.

Seit 2008, als die NATO der Ukraine die Tür zum Bündnis öffnete, waren die USA eindeutig die treibende Kraft des Konflikts. Die ukrainische herrschende Klasse schloss einen Pakt mit dem Teufel, in der Annahme, die USA würden bereit sein, in der Konfrontation mit Russland und bei der Verteidigung der „Freiheit" aufs Ganze zu gehen. Das rächt sich jetzt: Große Teile des Landes sind von militärischer Besetzung bedroht, ukrainische Männer werden auf dem Schlachtfeld massakriert, die Städte sind zerbombt, die Wirtschaft ist am Boden zerstört. Dies zeigt einmal mehr, dass sich Unterordnung unter den US-Imperialismus niemals auszahlt.



Harnik/Getty

Imperialistischer Oberherr Trump diktiert Selenskyj Kapitulationsbedingungen, 28. Februar. Wer sich mit dem Teufel einlässt, zahlt den Preis

Die konsequentesten pro-ukrainischen Stimmen auf der Linken unterstützen die Bewaffnung der Ukraine durch den Westen mit dem Argument, es spiele keine Rolle, woher die Waffen kommen, solange sie für die nationale Verteidigung der Ukraine eingesetzt werden. Tatsächlich ist klar zu sehen, dass es doch eine Rolle spielt. Die gesamte Militärstrategie der Ukraine ist von der Unterstützung durch den Westen abhängig. Damit diktierte der Westen der ukrainischen Armee, wie sie den Krieg zu führen hat. Jetzt, wo die USA die Waffenlieferungen einstellen wollen (worauf die Europäer bald folgen werden), ist die Ukraine völlig unfähig, sich unabhängig selbst zu verteidigen.

Der Schulterschluss mit dem westlichen Imperialismus hat auch wichtige politische Konsequenzen. Er ermöglichte es der russischen herrschenden Klasse, in die Ukraine einzumarschieren, unter dem Vorwand, einen Verteidigungskrieg gegen den westlichen Imperialismus zu führen – gegen die Macht, die das russische Volk nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zugrunde gerichtet hat. Hinzu kommt die chauvinistische Politik der ukrainischen Regierung, vom Verbot der russischen Sprache und dem ständigen Beschuss von Donezk bis hin zum Plan, die Krim und die Regionen der Ostukraine, deren Bevölkerung sich als russisch versteht, zurückzuerobern. Dies alles machte die ukrainischen Kriegsanstrengungen ebenso reaktionär wie die der Russen.

Wir sehen jetzt die katastrophalen Folgen davon, dass sich die ukrainische Arbeiterbewegung den Chauvinismus ihrer Regierung zu eigen gemacht hat. Dies trug nicht nur dazu bei, dass das russische Volk gegen die Ukraine mobilisiert werden konnte, sondern machte es auch unmöglich, die russischen Werktätigen jemals davon zu überzeugen, sich gegen das Putin-Regime zu wenden und sich mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern in der Ukraine zu verbünden. Sozialisten auf der ganzen Welt müssen aus diesem Debakel lernen!

einer internationalistischen Strategie ein Bündnis mit den Arbeitern Europas anstreben.

Die IKL hat konsequent für diese Haltung gekämpft. Wir haben deutlich gesagt, dass die USA der Hauptverursacher des Konflikts sind – wie bei den meisten Konflikten in der Welt. Aber wir haben auch davor gewarnt, dem russischen Regime ein antiimperialistisches Zeugnis auszustellen, das es in keiner Weise verdient. Wir haben stets für eine Perspektive der Verbrüderung, des revolutionären Defätismus und des Internationalismus gekämpft. Anstelle der leeren Formeln, mit denen die Linke die Unterstützung einer der beiden reaktionären Seiten in diesem Krieg rechtfertigt, hat sich unsere Intervention von dem grundlegendsten aller marxistischen Prinzipien leiten lassen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

IKL-Artikel über Ukraine

iclfi.org/t/de/ukraine

Hegemonie...

Fortsetzung von Seite 3

Niederlage für die Vereinigten Staaten sein wird. Aber diese Niederlage betrifft nicht direkt das US-Militär. Die Vereinigten Staaten zeigen bereits, dass sie bereit sind, die Ukraine aufzugeben, eine Vereinbarung mit den Russen zu treffen und ihre Ressourcen gegen China zu konzentrieren – eine ***vorhersehbare und reaktionäre Entwicklung***.

Es ist völlig legitim, dass die Ukrainer ihre Unabhängigkeit verteidigen. ***Aber es ist nicht legitim, dafür zu kämpfen, pro-russische Regionen wieder unter die Kontrolle Kiews zu bringen.*** Die nationale Einheit für dieses chauvinistische Ziel und das Bündnis mit dem westlichen Imperialismus ***verleihen den ukrainischen Kriegsanstrengungen einen reaktionären Charakter.*** Außerdem untergräbt diese Strategie die nationale Verteidigung der Ukraine.

Internationalistische Einheit erfordert:

- Zurückweisung des westlichen Imperialismus
- Gegenseitige Garantie des Rechts auf Selbstbestimmung
- Opposition gegen die russische und ukrainische Bourgeoisie
- Verbrüderung und revolutionären Defätismus

China

Viele halten China für eine imperialistische Macht. ***Aber China unterdrückt keine Nation außerhalb seiner Grenzen!*** Seine Investitionen im Ausland hängen vollständig von den durch die Vereinigten Staaten geschaffenen Institutionen ab. Ob in der Ukraine, in Palästina oder bei den verschiedenen afrikanischen Konflikten, China spielt eine konservative Rolle. ***Die politische Instabilität auf der internationalen Bühne ist nicht auf chinesischen Expansionismus zurückzuführen, sondern auf den US-Imperialismus, der versucht, seine Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, indem er China erstickt***.

Einige revolutionäre Parteien sind der Meinung, dass ***der Kapitalismus*** in China ***nie abgeschafft wurde***, während andere glauben, dass es eine allmähliche Restauration des Kapitalismus ***ohne Konterrevolution*** gegeben habe. Lassen wir die Kategorien für einen Moment beiseite und schauen uns die Fakten an:

- Im Jahr 1949 ***befreite*** ein Bauernaufstand ***China*** von der imperialistischen Unterdrückung und ***vertrieb die chinesische Bourgeoisie***, die nach Taiwan floh.
- Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) führte die Revolution auf Grundlage eines ***bürokratischen stalinistischen*** Programms an.
- Nach dem Zusammenbruch der UdSSR verfolgte die KPCh eine Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung unter Beibehaltung ***der staatlichen und politischen Struktur***.

Mussten Arbeiter die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 verteidigen? Ja!

Hätten sie die Politik der KPCh unterstützen sollen? Nein!

Gibt es heute in China etwas zu verteidigen? Ja!

Die chinesischen Arbeiter haben jedes ***Interesse daran, die Vereinigten Staaten zu bekämpfen***, die China unterwerfen und seine Wirtschaft zerstören wollen. Sie haben auch ein berechtigtes Interesse daran, ***den chinesischen Staat zu verteidigen, der in der Revolution geschmiedet wurde***, die zu einer in der Geschichte nie dagewesenen wirtschaftlichen Entwicklung geführt hat. Aber sie müssen sich auch ***der KPCh entgegenstellen***, die den Kapitalisten ***versöhnlerisch entgegenkommt*** und ***die Errungenschaften*** der Revolution ***untergräbt***.

Das Beispiel der UdSSR zeigt, welche Katastrophe eine kapitalistische Konterrevolution nach sich zieht. Wir können es uns nicht leisten, dass sich eine solche Katastrophe wiederholt!

Befreiung Palästinas

Der völkermörderische Krieg Israels ***ist ein Krieg der nationalen Unterdrückung***. Der palästinensische ***nationale Befreiungskampf ist ein gerechter Kampf***. Dies abzulehnen bedeutet eine grobe Kapitulation vor dem Imperialismus und dem Zionismus.

Die Befreiung Palästinas kann jedoch ***nicht mit einer bürgerlich-nationalistischen Strategie gewonnen werden***. Die Taktik und Politik der Hamas sind ***kontraproduktiv*** für die nationale Befreiung Palästinas.

Was wir brauchen, ist ein Programm, das nationale Befreiung und proletarischen Internationalismus vereint – mit anderen Worten, das Programm der permanenten Revolution.

- Der US-Imperialismus ist die ***hauptsächliche reaktionäre Kraft*** in der Region.
- Es kann keine nationale Befreiung Palästinas ohne die Zerstörung des zionistischen Staates geben.
- Die Unterdrückung der israelischen Arbeiter wird durch die Unterdrückung der Palästinenser ***noch verstärkt***.
- Einheit des Proletariats kann nur durch die ***gegenseitige Achtung*** der nationalen Rechte geschmiedet werden.
- Bürgerlicher Nationalismus ist ein ***Hindernis*** für den Kampf gegen den Imperialismus.

Analyse und Programm

Analytische Debatten spiegeln Klassenverhältnisse wider. Der Hauptfehler zeitgenössischer marxistischer Analysen spiegelt den wichtigsten politischen Fehler wider: ***ihre Versöhnung mit dem US-Imperialismus in seiner liberalen Form***. Ebenso problematisch ist es, den Aktionen Russlands, der KPCh oder dem Nationalismus einen progressiven Charakter zuzuschreiben. Gegen diese beiden Pole ist ***ein unabhängiger proletarischer Weg*** notwendig. Diese Alternative muss ***im Kampf gegen die derzeitigen Führer der Arbeiterbewegung*** geschmiedet werden, die überall die Arbeiter in die Niederlage führen und die Interessen „ihrer“ nationalen Bourgeoisie verteidigen. ■



Lehren...

Fortsetzung von Seite 7

generellen Kurs der Partei und ihr Festhalten an der Forderung nach offenen Grenzen. Vielen Linken diente diese Forderung als zentrales Argument zur Wahlunterstützung der Linkspartei. Es ist eine gängige Erzählung in der Linken, dass die AfD wachsen würde, weil die anderen Parteien ihr Programm in der Migrationspolitik übernommen hätten. Es stimmt, dass die Frage der Migration neben dem Kriegskurs in der Ukraine für viele Arbeiter, gerade im Osten, ausschlaggebend für die Wahl der AfD war. Das bedeutet aber nicht, wie es Liberale gerne darstellen, dass alle AfD-Wähler rassistisch wären.

Die liberale Migrations- und Flüchtlingspolitik war ein wesentlicher Teil der liberalen Ordnung der letzten Jahre. Die deutschen Kapitalisten haben von steigender Migration und der Freizügigkeit in der EU massiv profitiert, während die Arbeiter darunter gelitten haben. Flüchtlinge werden unter schlimmsten Bedingungen ausgebeutet und gleichzeitig in die Viertel der Armen oder strukturschwache Gegenden gedrängt. Die Mehrheit der Arbeiter betrachtet diese Politik und die Forderung nach offenen Grenzen als Bedrohung – und die AfD als einzige Opposition dagegen. Wie oft hat Toralf bei den Streiks im Wahlkampf gehört, dass Olaf Scholz alles für die Ukraine und die Ukraine-Flüchtlinge gibt, aber bei den Arbeitern nichts ankommt. Arbeiter berichteten vielfach von ihrer Sorge, dass ihnen durch ungezügelte Migration das Wenige, das sie noch haben, auch noch weggenommen wird, seien es Wohnungen, Arbeitsplätze, Renten oder Bildungschancen ihrer Kinder. Die Arbeiterführer von SPD und Linkspartei haben diese Migrationspolitik vollkommen mitgetragen, die Sorgen der Arbeiter abgetan und jede Kritik als rassistisch verleumdet.

Ein direktes Echo davon ist auch der giftige Umgang der Linken mit Sahra Wagenknecht. Mit der Spaltung von der Linkspartei und der Gründung vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat sich nun eine Partei konsolidiert, die Sozialisten, Antiimperialisten und ehemalige Linke-Wähler anzieht, vor allem in Ostdeutschland, die vom Liberalismus und dem Kurs der Linkspartei abgestoßen sind. In der Migrationspolitik benennt das BSW viele Probleme richtig und kritisiert die Linken dafür, dass sie vor den Nöten der Arbeiter die Augen verschließen. Aber das BSW gibt selbst eine vollkommen falsche, sozialchauvinistische Antwort, die die Arbeiterklasse spaltet; es unterstützt Abschiebungen und richtet die berechtigte Wut der Arbeiter nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen Flüchtlinge.

Die Migrationspolitik gehört zu den ersten Feldern, wo die Kapitalisten den Bruch vom Liberalismus eingeleitet haben. Es stehen eine Abschiebe-Offensive und gewaltige Angriffe auf Minderheiten bevor, die die weitere Spaltung der Arbeiterklasse befördern werden. Die Arbeiterklasse muss diese Angriffe zurückschlagen! Doch das Festhalten der Linken an der Forderung nach offenen Grenzen erschwert eine solche Mobilisierung und treibt die Arbeiter weiter zur AfD.

Entgegen der falschen Polarisierung in der Gesellschaft – mehr oder weniger Migration – hat Toralf für eine proletarische Perspektive gekämpft, die als einzige dazu in der Lage ist, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Er hat dafür gekämpft, seine Kollegen im Hafen und die nichteingewanderten Arbeiter in seinem Wahlkreis davon zu überzeugen, dass die Kapitalisten, nicht die Flüchtlinge, für ihr Elend verantwortlich sind und dass der Kampf gegen die Angriffe auf Flüchtlinge und Minderheiten und ***gegen alle Abschiebungen*** auch in ihrem Interesse ist – und ***nicht*** gleichbedeutend mit der Forderung nach ungezügelter Migration.

Toralf erklärte: „Um die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, müssen die Gewerkschaften ***für volle Staatsbürgerrechte*** für alle kämpfen. Dazu gehört auch der Kampf für das Recht auf volle politische Betätigung, gegen die Repression und ***alle*** Verbote. Der Kampf gegen die antimuslimische und antipalästinensische Repression ist entscheidend, um die Arbeiter und Unterdrückten gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen. ***Weg mit dem Verbot von PKK, Samidoun und der Islamischen Zentren!***



Spartakist

Berlin, 7. April: Protest gegen drohende Abschiebung der #Berlin4. Arbeiterklasse muss mobilisiert werden, um alle Abschiebungen zu stoppen!

Eine widersprüchliche Rolle spielten die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO, Herausgeber von *KlasseGegenKlasse*) und die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), die mit drei Direktkandidatinnen in Berlin und München antraten. Auch diese Kampagne haben wir unterstützt, da sie sich klar gegen die Unterstützung der Linkspartei ausgesprochen hat und auf einer klaren antiimperialistischen Grundlage stand. Wir forderten RIO dazu auf, die MLPD und die Kandidatur von Toralf zu unterstützen und die antiimperialistischen Kräfte zu bündeln, aber RIO lehnte jeden Wahlaufruf für eine andere Kraft ab.

RIO stellt sich gegen die antipalästinensische Staatsrepression und hat wiederholt die Forderung nach einem Boykott von Waffenlieferungen an Israel aufgestellt. Trotzdem verweigerten sie ausgerechnet einem sozialistischen Hafenarbeiter, der gegen viel Widerstand genau dafür im Hamburger Hafen und in ver.di kämpft, die politische Unterstützung! Warum? Der wesentliche Grund, den Unterstützer von RIO uns gegenüber äußerten: dass Toralf und die Spartakisten den Kampf von RIO und RSO für offene Grenzen ablehnten und vor dem Rassismus kapitulieren würden. Wir unterstützen sehr das Ziel von RIO und RSO, einen revolutionären Bruch mit der Linkspartei herbeizuführen. Aber dieser wird ohne Bruch mit dem Liberalismus, auch in der Migrationspolitik, nicht möglich sein.

Wir können stolz auf unseren konsequenten Kampf für eine linke Opposition im Wahlkampf sein. Aber die gut 30 000 Stimmen für die MLPD bundesweit und selbst die beachtlichen 449 Erststimmen für Toralf in Hamburg-Wandsbek sind viel zu wenig. Wir müssen mehr werden. Wir reichen der MLPD, RIO/RSO und der ganzen sozialistischen Linken die Hand, um die Lehren aus der Wahl zu ziehen und zu diskutieren, wie wir gemeinsam die Verteidigung und die Einheit der Arbeiterklasse in den kommenden Kämpfen organisieren können. ■

Wählt MLPD...

Fortsetzung von Seite 8

wollen sie Arbeiter, die sich immer mehr von ihnen abwenden, dazu bringen, notgedrungen doch wieder SPD und Linkspartei zu unterstützen. Aber es war gerade diese Einheit, die über die letzten Jahrzehnte benutzt wurde, um die Arbeiter niederzuhalten, und die damit auch die Reaktion und das Wachstum der AfD befeuert hat!

Um eine möglichst starke Alternative für die Arbeiter und Unterdrückten, auch bei dieser Wahl, aufzubauen, müssen wir gegen diese liberale ideologische Zwangsjacke angehen, die die Arbeiter lähmt und dem unabhängigen Kampf für ihre Interessen im Weg steht. Trotz ihrer energischen Wahlkampagne, die eine Klassenlinie im Interesse der Arbeiter zieht, bleibt die MLPD aber, wie andere linke Organisationen auch, leider der liberalen Ideologie verhaftet, gerade im Kampf gegen die Reaktion. Damit untergräbt die MLPD auch ihre eigene Kampagne.

Die MLPD hat klargemacht, den politischen Kampf gegen den Verrat von SPD und Linkspartei *nicht* ins Zentrum ihres Wahlkampfes zu rücken. Im Gegenteil: Angesichts der Gefahr, die von der AfD ausgeht, sucht die MLPD sogar den politischen Schulterschluss mit diesen Kräften. So hat die *Rote Fahne* (30.11.2024) den „Appell zur antifaschistischen Zusammenarbeit bei der Bundestagswahl" unterstützt, worin direkt zur Wahl der Linkspartei (sowie diverser bürgerlich-liberaler Kleinparteien) aufgerufen wird. Die MLPD treibt diese „Einheit gegen rechts" noch weiter mit ihrer Parole „Wer AfD wählt, wählt Faschismus!". Das hilft uns kein bisschen im Kampf gegen die AfD: Hatten wir nicht über Jahre hinweg solch eine Einheit, mit dem Resultat des enormen Wachstums der AfD? Die Linie der MLPD untergräbt zugleich den wichtigsten Grund für ihre Wahl: dass die MLPD ***als einzige Kraft*** bei dieser Wahl eine wirkliche Alternative für die Arbeiterklasse darstellt.

RIO/RSO

Das Bündnis der sozialistischen Organisationen RIO/RSO hat am 4. Dezember drei Direktkandidaten in Berlin und München an Orten, wo es keine MLPD-Direktkandidaturen gibt, für die Bundestagswahl aufgestellt, um „eine antikapitalistische und sozialistische Alternative" anzubieten. Eine solche ist unbedingt notwendig, und deshalb rufen wir Spartakisten zur Wahl dieser Direktkandidaten auf.

Aber das politische Problem der ganzen Linken – ihre Anpassung an den Liberalismus – wird durch die Kampagne von RIO/RSO noch auf die Spitze getrieben. RIO/RSO wünschen sich eine „Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung" und präsentieren sich als konsequenteste Verfechter progressiver liberaler Werte wie Antirassismus und Feminismus.

Was das konkret bedeutet, zeigen die Proteste am 11./12. Januar in Riesa, wo RIO in hysterisch-liberaler Manier mobilisiert für die Forderung „AfD zerschlagen", was auch keinen Deut dazu beitragen wird, Arbeiter von der AfD weg für eine sozialistische Alternative zu gewinnen. Anstatt in diese Proteste als Kommunisten zu intervenieren, um Arbeiter und Jugendliche von den pro-imperialistischen Führern in SPD und Linkspartei zu ***spalten***, führt RIO, bei aller politischen Kritik, ***keinen*** politischen Kampf gegen die liberalen Arbeiterführer, die mit ihrem Pro-NATO-Kurs die Arbeiter und Unterdrückten fertiggemacht und die AfD erst aufgebaut haben. So können sich RIO/RSO bisher auch nicht einmal dazu durchringen, klar Position gegen eine Stimmabgabe für SPD und Linkspartei bei der Bundestagswahl zu beziehen. Ein erster wichtiger Schritt, um die „sozialistische Alternative" bei diesen Wahlen voranzubringen, wäre es, dass sich RIO/RSO der deutschlandweiten Kampagne der MLPD anschließen.



Spartakist

Hamburg, 13. Februar: Toralf Endruweit bei Warnstreik. ver.di-Führung steht hinter Kriegskurs, verkauft Streiks aus

Toralf Endruweit in den Bundestag!

Es gibt aber eine Kampagne, die den ***Bruch*** mit dem Liberalismus der jetzigen Spitzen der Arbeiterbewegung propagiert und so einen konkreten Weg zum Kampf für Arbeiterinteressen weist: die Kandidatur von Toralf Endruweit in Hamburg-Wandsbek auf der Internationalistischen Liste der MLPD. Toralf ist Unterstützer von *Spartakist* und sozialistischer Hafenarbeiter. Als der Hamburger SPD-Senat zusammen mit den Hafenbossen die Privatisierung des Hamburger Hafens (MSC-Deal) durchziehen wollte, hat Toralf das Komitee von Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di mit aufgebaut, um diesen Angriff zurückzuschlagen. Die Führung von ver.di stand und steht hinter dem MSC-Deal – ein Kampf gegen den MSC-Deal und für einen Kurswechsel der Gewerkschaft bedeutete zugleich einen politischen Kampf gegen diese Führung. Diesen Kampf hat ***einzig*** das Hafenarbeiter-Komitee geführt, gegen alle politischen Widerstände auch auf der Linken.

Toralf steht mit seiner Kandidatur ohne Wenn und Aber für die Interessen der Arbeiter: Kampf um jeden Arbeitsplatz – stoppen wir die Deindustrialisierung! Die Unterstützung der SPD und Linkspartei für die NATO und die Ukraine ist einer der zentralen Treiber des Wachstums der AfD. Dagegen anzugehen bedeutet auch, dass wir den Kampf aufnehmen müssen gegen eins der zentralen Steckenpferde der liberalen pro-imperialistischen Gewerkschaftsführer: die anti-russischen Sanktionen, die die Preise hochtreiben. Lasst russisches Gas und Öl rein!

Zusammen mit den Genossen der MLPD und vielen Linken steht Toralf gegen die anti-muslimische und anti-palästinensische Repression, die unsere Klasse spaltet und die Reihen hinter den pro-zionistischen Kapitalisten geschlossen halten soll. Das geht aber nur, wenn man sich gegen die Speerspitze dieser Kampagne stellt: Weg mit dem Verbot der Islamischen Zentren und ***aller*** palästinensischen Organisationen!

Um eine antiimperialistische Arbeiteropposition voranzubringen, müssen sich andere Linke wie die MLPD und RIO dem Kampf für diese notwendigen Forderungen, die nicht akzeptabel für die Spitzen von SPD und Linkspartei sind, anschließen. Helft mit, den politischen Kampf gegen den Liberalismus von einem proletarischen Standpunkt aus voranzubringen und baut mit uns die Kampagne von Toralf in Hamburg auf! Die Schmiedung einer antiimperialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung ist dringend – machen wir jetzt den ersten Schritt dahin gemeinsam. ***Keine Stimme für SPD und LINKE! Wählt MLPD!***



G. Ronald Lopez/Alamy Justin Sullivan/Getty Jeff Dean/PA/AP

Wohin gehen die USA?

Die Aufgaben der Arbeiterbewegung

Der Weg in die Trump'sche Hölle war mit Unterstützung für die Politik der Demokraten gepflastert. Liberale ließen im Einklang mit wirtschaftlichen Erfordernissen der herrschenden Klasse Verteidigung von Immigranten fallen. Revolutionäre müssen Massen vom Liberalismus losreißen und Einheitsfronten zur Verteidigung der Unterdrückten organisieren

Dieser Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 1183, Dezember 2024, Zeitung unserer Schwesterorganisation Spartacist League/U.S.*

Donald Trump wurde als Präsident wiedergewählt, und alle fragen sich: Was nun? Um die Aufgaben von Sozialisten in dieser neuen Periode zu bestimmen, müssen wir verstehen, wie es dazu kam und was die Wahl bedeutet.

Aufstieg und Niedergang der liberalen Weltordnung

Die von den USA angeführte liberale Weltordnung wurde auf den Trümmern der Sowjetunion errichtet. Der Untergang dieses nicht-kapitalistischen Landes machte nicht nur die USA zur unumstrittenen Supermacht der Welt, sondern auch bisher unerschlossene Märkte und Ressourcen für Ausplünderung zugänglich, auch in China. Um ihren Vorteil zu maximieren, trieben die US-Imperialisten die Globalisierung mit aller Macht voran: Sie verlagerten die Produktion ins Ausland und dehnten ihren Einflussbereich bis in den letzten Winkel der Erde aus. Die NATO wurde bis an die Grenzen Russlands erweitert, und immer wieder schrieben IWF und Weltbank die Regeln je nach den Interessen der Wall Street um.

Die internationale Ausbreitung der Tentakel des US-Imperialismus wurde ideologisch gerechtfertigt, indem der liberale Kapitalismus zum Inbegriff der menschlichen Zivilisation erklärt wurde. Die USA und ihre Verbündeten beherrschten die Welt im Namen liberaler Prinzipien wie „Freiheit und Demokratie" und „Schutz der Wehrlosen". Mit derartigen Mantras ließ sich bequem kaschieren, wie die USA ihre Vorherrschaft durchsetzten, ihr Kapital ins Ausland pumpten und unterdrückte Länder strangulierten.

Die liberale Weltordnung schien unverwüstlich zu sein, aber die vorübergehende Erholung des Imperialismus konnte seinen unter der Oberfläche gärenden Verfall nicht aufhalten. Genau die Kräfte, die durch die US-Hegemonie in Gang gesetzt wurden, haben diese ununterbrochen unterminiert. Die beispiellose Durchdringung mit US-Kapital hat das Wachstum des Welthandels, die Industrialisierung neokolonialer Länder und die Entwicklung Chinas vorangetrieben – und dabei die Produktionsbasis der USA ausgehöhlt, die Gesellschaft noch mehr verrotten lassen und das wirtschaftliche Gewicht der USA insgesamt verringert. Um ihre Stellung zu festigen, müssen die US-Imperialisten die derzeitige Dynamik umkehren. Dazu müssen sie jedoch die Grundlage der Globalisierung zerstören durch Erhöhung der Zölle, verstärkten Druck auf die Neokolonien und Konfrontation mit China. Das steckt hinter dem aktuellen Konflikt innerhalb der herrschenden Klasse der USA.

Risse tun sich auf

Die Finanzkrise von 2008 führte zu den ersten ernsthaften Rissen in der globalen Ordnung. Der arbeitenden Bevölkerung, besonders Familien von Schwarzen und Latinos, wurde großes wirtschaftliches Leid zugefügt. Viele gingen angesichts ausufernder Zahlungen für Subprime-Hypotheken [eine Art Hochrisiko-Darlehen] bankrott oder hatten sprunghaft steigende Schulden für Arztkosten am Hals. Millionen von ordentlich bezahlten Arbeitsplätzen wurden vernichtet und durch Zeitarbeit, Niedriglohn- und Gelegenheitsarbeit ersetzt. Um ihr System zu retten, half die herrschende Klasse den Banken, die als „too big to fail"



Joshua Roberts/PA/Reuters



John Moore/Getty

Vorstandsvorsitzende der drei großen Autohersteller und UAW-Vorsitzender im Kongress, 2008. Autobosse wurden gerettet, Arbeiter im ganzen Land auf die Straße gesetzt. Frau bei Zwangsräumung, 2009 in Colorado

[zu groß, um zu scheitern] galten, aus der Klemme und griff auf Gelddrucken und wilde Spekulationen zurück – womit sie die Voraussetzungen für einen noch größeren Zusammenbruch in der Zukunft schuf.

Auf der politischen Bühne tat die Bourgeoisie etwas, das manche für unmöglich hielten: einen Schwarzen ins Weiße Haus zu bringen. Barack Obama war die lebende Verkörperung liberaler Prinzipien. Sein Wahlkampf stand unter dem Motto „Hoffnung und Wandel", wozu auch die Beendigung des zutiefst unpopulären Krieges im Irak gehörte, der das Ansehen der USA trübte. Und er machte Reklame für die falsche Vorstellung, die Wahl eines schwarzen Präsidenten wäre der Beweis dafür, dass die ach so fortschrittlichen USA eine post-rassische Gesellschaft seien.

Einen Schwarzen an die Spitze des US-Imperialismus zu setzen kostete die herrschende Klasse nichts und war genau das Richtige, um die Massen (und die Bosse) zu beruhigen, bevor der Präsident die Rettung der Autoindustrie und der Banken auf dem Rücken der Arbeiterklasse arrangierte und Millionen von Einwanderern abschob. Die arbeiterfeindlichen Angriffe wurden von Gewerkschaftsführern unterstützt, die im Namen der Rettung von Arbeitsplätzen Niedriglohnstufen und Tarifkürzungen durchsetzten. Obamas Wahl kam nicht etwa deshalb zustande, weil die Bourgeoisie zur Stützung ihrer Herrschaft die Unterdrückung der Schwarzen nicht mehr brauchte. Ganz im Gegenteil, „progressive" Identitätspolitik entsprach dem, was die Bourgeoisie damals brauchte.

Aber der Finanz-GAU beschleunigte auch Tendenzen gegen den liberalen Status quo. Die verheerenden wirtschaftlichen Folgen waren der Nährboden für politische Unzufriedenheit und die Entstehung von Populismus als einer Alternative. Innerhalb der herrschenden Klasse kam es zu einer Kontroverse darüber, wie der US-Imperialismus am besten gestützt wird: Volldampf weiter mit dem Liberalismus, der lange Zeit so gute Dienste geleistet hat, oder der Versuch mit etwas anderem. Die beiden bürgerlichen Hauptparteien kämpften intern und miteinander um die Frage, wer die Partei des Status quo sein und wer mit ihm brechen würde.

Bei der Nominierung der demokratischen Präsidentschaftskandidaten 2016 war Hillary Clinton das Gesicht des Parteiestablishments, während Bernie Sanders gegen das Establishment antrat, nachdem er durch die unerbittlichen neoliberalen Angriffe nach 2008 in den Vordergrund gerückt war. Seine populistische Rhetorik gegen die „Milliardärsklasse" und sein Versprechen von „Medicare for all" [Gesundheitsversorgung für alle] zogen eine Menge Leute an. Er vertrat jene Liberalen, die der Meinung waren, dass der Status quo gegen weiteren Verfall neue Schutzmaßnahmen braucht. Aber diese Option wäre für das liberale Establishment eine viel zu radikale und teure Veränderung gewesen. Warum sich auf „Medicare for all" einlassen, was ein hübsches Sümmchen kosten würde, wo doch die Partei wieder den Obama-Weg einschlagen konnte? Die erste Frau im Präsidentenamt würde nichts kosten, ein paar „progressive" Punkte einbringen und die Räder des Liberalismus für einen weiteren Tag am Laufen halten.

Bei den Republikanern kam es zur Machtprobe zwischen Donald Trump und dem Parteiestablishment. Trump war ein Spiegelbild derjenigen in der herrschenden Klasse, nach deren Einschätzung die Zeit des Liberalismus vorbei war und die den US-Imperialismus auf einen anderen Kurs bringen wollten: Rechtspopulismus, Protektionismus und Grenzschließungen. Trump wusste, dass ein Teil der Klasse, die er vertrat, gegenüber ihren Konkurrenten, wie z. B. China, allmählich ins Hintertreffen geriet und dass etwas getan werden musste. Seine Lösung, die sich in seinem Verhalten und der Missachtung liberaler Normen widerspiegelte, war ein Bruch mit allem, was die vorangegangene Periode gekennzeichnet hatte.

Die bloße Möglichkeit, dass dieser Typ vielleicht als Kandidat antritt, erschreckte das republikanische Establishment und Liberale in allen Ländern. Trump verkörperte alles, was sie hassten. Der Liberalismus ist aalglatt und heuchlerisch, der Freund, der lächelt, bevor er einem in den Rücken fällt. Trump hingegen war ungehobelt und versprach, von vorne zuzustechen. Seine beleidigenden Wutanfälle und sein vulgäres Gerede wie „ihnen an die Muschi greifen" standen im krassen Gegensatz zu der liberalen Fassade von Fürsorge für die Unterdrückten.

Der Konflikt innerhalb der herrschenden Klasse schwappte auf die Präsidentschaftswahl 2016 über, was sich in den Wahlkampfslogans der Kandidaten niederschlug: Trumps „Make America Great Again" und Clintons „America is already great". Doch Clintons Scheitern war für die liberale Ordnung noch keine entscheidende Niederlage. Tatsächlich war die gesamte erste Präsidentschaft Trumps ein Schlagabtausch zwischen den Kräften des Status quo und dem Weißen Haus, was sie vielleicht zum chaotischsten Politabenteuer der jüngeren Geschichte machte. Jeden Tag kam ein neuer Skandal ans Licht und ein weiterer Regierungsbeamter wurde entlassen. Das Einreiseverbot gegen Muslime, die Grenzmauer und Trumps Reaktion auf Charlottesville waren ein Affront gegen liberale Werte und schmälerten noch mehr Amerikas Position als Leuchtfeuer

von Diversität und Toleranz. Dann brach die Pandemie aus und brachte weiteres wirtschaftliches Elend und den freundlichen Rat, Bleichmittel zu injizieren.

Der Anti-Trump-„Widerstand" mobilisierte die Fußsoldaten für den Fraktionskampf zwischen den „woken" liberalen Demokraten und dem Präsidenten. Die Liberalen sahen in Trump eine schlimme Bedrohung für das von ihnen errichtete Reich und hatten nicht vor, kampflos unterzugehen. Bei den Wahlen haben sie den Arbeitern und Unterdrückten nichts versprochen, aber gleich danach begonnen, sich als die größten Verteidiger von Minderheiten aufzuspielen. Ob sie nun Tränen für Kinder in Käfigen an der Grenze vergossen oder in Kente-Stoffe gekleidet für Black Lives Matter (BLM) auf die Knie fielen, sie ließen nichts unversucht, um genügend Leute hinter sich zu scharen, die den „Faschisten" Trump rausschmeißen und das Weiße Haus zurückerobern wollten.

Unfähig und unwillig, tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft und an der Ausrichtung des US-Imperialismus vorzunehmen, griffen Trumps bürgerliche Gegner zum einzigen Mittel, das ihnen zur Verfügung stand: Liberalismus. Sie starteten einen moralischen Kreuzzug für symbolische Maßnahmen und predigten immer aggressiver liberale Werte, während für echte Entlastung die materielle Grundlage immer weniger vorhanden war. Deshalb gingen sie mitunter bis zum Äußersten und versprachen zum Beispiel, der Polizei die Mittel zu streichen oder sich für Migranten einzusetzen, die sich für eine Operation zur Geschlechtsanpassung entschieden hatten.

Mit vorgetäuschter Fürsorge für die Unterdrückten wollten die Liberalen die Tatsache verschleiern, dass sich für die große Mehrheit die Lage nur verschlechterte und dass die herrschende Klasse zu ihrer eigenen Rettung die Arbeiterklasse immer stärker auspresste. Je mehr die Liberalen auf symbolische Maßnahmen drangen, während sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechterte, desto mehr untergruben sie die Wirksamkeit ihrer eigenen Methoden und leisteten so die Vorarbeit dafür, dass die Arbeiterklasse sich völlig von ihnen abwendete.

Wo war die Linke?

Viele weiße Arbeiter, die von der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage genug hatten, wählten 2016 Trump. Viele andere, vor allem Schwarze, hielten zu den Demokraten aus Furcht vor einer reaktionären Entwicklung. Diese Wut musste in richtige Bahnen gelenkt werden, und dabei musste jeder gezielt verteidigt werden, den die Regierung im Visier hatte.

Die Aufgabe der Linken bestand darin, den Kampf für einen besseren Lebensstandard und die Gegenwehr gegen Angriffe auf Minderheiten gemeinsam voranzutreiben. Für den Erfolg dieses Kampfes war die Klassenunabhängigkeit von der Bourgeoisie entscheidend. Dazu mussten sich die Linken an den verschiedenen „Widerstands"-Bewegungen mit dem Ziel beteiligen, den Bankrott des Liberalismus aufzudecken und den Arbeitern und Unterdrückten den Weg nach vorn zu weisen. Das heißt deutlich zu machen, dass alle wirklichen Verbesserungen nur durch einen Konfrontationskurs gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse – ob liberal oder nicht – erreicht werden können, denn diese ist für die Unterdrückung jeglicher Art verantwortlich und profitiert von ihr.

Die Perspektive hätte darin bestehen müssen, durch Intervenieren in diese Bewegungen das Hindernis, die liberalen Ketten, zu sprengen und eine Spaltung entlang von Klassenlinien zu bewirken. In der Frauenbewegung hätte dies bedeutet, sich gegen die bürgerlichen #MeToo-Feministinnen zu wenden. Und in der BLM-Bewegung gegen die antirassistischen Liberalen. Die Verteidigung von Immigranten konnte nur in Opposition zu den liberalen Verteidigern einer US-Hegemonie mit „offenen Grenzen" vorankommen. In allen diesen Fällen mussten die Kämpfe zu einem Bruch mit dem Liberalismus führen und mit den materiellen Interessen der Arbeiterklasse verbunden werden.

Doch das passierte ***nicht***. Stattdessen hat die Linke die liberale Hysterie aufgegriffen, indem sie unter anderem gegen „Trumps Basis" hetzte. Mit diesem liberalen Gift werden weiße Arbeiter, die Trump wählten, als unverhohlene Anhänger weißer Vorherrschaft abgeschrieben und alle ihre Sorgen über die sich verschlechternden Lebensbedingungen abgetan. Das Resultat davon war eine Verschärfung der Rassenspaltung: Diese Arbeiter wurden weiter in die Arme der Reaktion getrieben und die Schwarzen in den Schoß der Demokraten aus Verzweiflung über die Aussichtslosigkeit, weiße Arbeiter für den Kampf zur Befreiung der Schwarzen zu gewinnen. Und die Linke unterstützte lautstark jede liberale Bewegung – z. B. die Frauenmärsche, Sanctuary Cities (Zufluchtsstädte, in denen keine Abschiebungen stattfinden) und BLM – alles nur um Trump und den „Aufstieg des Faschismus" zu stoppen. Die meisten Linken klammerten sich an Sanders, AOC (Alexandria Ocasio-Cortez) und die Squad (eine Gruppe linker Demokraten im Repräsentantenhaus) und schürten Illusionen in diese Demokraten, deren Rolle darin bestand, dem liberalen Status quo linke Flankendeckung zu geben und die Wut auf ihre Partei in Grenzen zu halten.

All diese Aktivitäten waren eine Kapitulation vor den Strömungen, die versuchten, die bestehende Ordnung am Leben zu erhalten. Anstatt einen unabhängigen Weg für die Arbeiter und Unterdrückten aufzuzeigen, bezog die Linke beim Fraktionskampf der Imperialisten eine Seite als Anhängsel der Liberalen. Schließlich wurde die Linke mitverantwortlich gemacht für die Verteidigung der sich verschlechternden materiellen Bedingungen des Status quo, der die Arbeiter über Jahre hinweg niedergedrückt hat. Das konnte die Werktätigen nur noch weiter nach rechts treiben.

Die Folgen der Kapitulation der Linken zeigen sich in der aktuellen reaktionären Gegenbewegung gegen Migranten, einem Gegenschlag, der durch liberales Moralisieren angeheizt wurde und bei dem viele Liberale mitmachen, die noch unter Trump die Öffnung der Grenzen forderten und sie heute schließen wollen. Für jeden, der sich als Sozialist versteht, war es ein Verrat, irgendeinen Aspekt des liberalen „Widerstands" unterstützt zu haben. Wer die Bedürfnisse der Arbeiter erfüllen und Minderheiten verteidigen will, muss den Liberalismus ablehnen. Diese zentrale Lehre aus der ersten Trump-Präsidentschaft muss der Leitfaden für die gegenwärtigen Kämpfe sein.

Der Todesstoß für die liberale Weltordnung

2020 eroberten die Demokraten mit Joe Biden das Weiße Haus zurück. Doch die Parteilinke der Demokraten hatte sich zunächst hinter Sanders gestellt, dessen zweite Kandidatur zum Oval Office noch populärer war als seine erste. Unter Trump war die Lage so schlimm geworden, dass Sanders mit seiner populistischen Rhetorik bei den Werktätigen wieder ankam und manche bürgerlichen Kreise durchaus bereit waren, dem US-Imperialismus etwas mehr Sozialdemokratie zukommen zu lassen. Letztendlich wollte jedoch die Mehrheit der herrschenden Klasse und übrigens auch der Arbeiterklasse mitten in der COVID-Pandemie keine drastischen Veränderungen, sondern vielmehr eine „Rückkehr zur Normalität".

Die Trump-Jahre waren eine politische Zirkusvorstellung wie aus einem Fiebertraum unter Drogeneinfluss. Aber vor allem die Pandemie gab wieder den Ausschlag zugunsten der Politiker des Status quo. Die herrschende Klasse war auf der Suche nach erprobten und zuverlässigen

Führungspersönlichkeiten, die den Sturm meistern können. Biden ritt auf der mächtigen Welle von „nationaler Einheit“ zum Sieg und drängte die Kräfte der rechten Reaktion vorübergehend in die Defensive.

Biden hatte versprochen, die Pandemie zu beenden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und Amerikas Ansehen wiederherzustellen. Er stand für eine Rückkehr zum liberalen Weg und verkündete: „Als Präsident werde ich dafür sorgen, dass die Demokratie wieder zum Leitmotiv amerikanischer Außenpolitik wird, nicht um einen moralischen Kreuzzug zu starten, sondern weil es in unserem aufgeklärten Eigeninteresse liegt.“ Was die Liberalen, die damals die Rückeroberung des Weißen Hauses feierten, nicht wussten: Die Präsidentschaft Bidens sollte der Todeskuss für die liberale Weltordnung sein. Einmal im Amt, machten die Demokraten ebenso wie Trump unbekümmert weiter mit dem Gelddrucken, um wettzumachen, was die Bourgeoisie mit ihrer Reaktion auf die Pandemie in der Wirtschaft angerichtet hatte. Die dadurch erreichte kurzfristige Stabilität wurde bald durch eine galoppierende Inflation und eine Verschärfung der sozialen und politischen Polarisierung wieder zunichte gemacht.

In der Anfangszeit seiner Präsidentschaft versprach Biden, die Infrastruktur und die Produktionsbasis des Landes wiederherzustellen, und stellte sich hin als der „gewerkschaftsfreundlichste Präsident seit FDR“ [Franklin D. Roosevelt]. Dementsprechend schlug er Maßnahmen vor wie „Bidenomics“, Build Back Better und PRO Act. Es sah so aus, als hätten die Imperialisten den Typ gefunden, der endlich alles wieder ins Lot bringen könnte – bis die Realität zuschlug. Mit der Biden-Agenda war es vorbei, als ihm militärisch, wirtschaftlich und politisch der Boden unter den Füßen weggezogen wurde. Eine Konfrontation mit China, wie sie geplant war, konnte sich Biden nicht leisten, denn er wurde in eine militärische Krise nach der anderen verwickelt. Der vermurkste Abzug aus Afghanistan war sinnbildlich für die schwindende Macht der USA.

Dann brach der Krieg in der Ukraine aus. Der von der NATO provozierte Einmarsch Russlands war die erste direkte Herausforderung für die USA in der jüngeren Geschichte. Die USA mobilisierten so gut es ging ihre Ressourcen und Streitkräfte, um Stärke zu zeigen, konnten Russland aber nicht aufhalten und offenbarten stattdessen Schwäche. Die NATO verliert nun den Krieg, während Russland die Ukraine verwüstet.

Die US-Bourgeoisie hat neben der Eindämmung Russlands kaum Interesse an der Ukraine. Die Verfeindung mit dem Putin-Regime hat den US-Imperialismus in seiner Fähigkeit eingeschränkt, wichtigere Ziele zu verfolgen, wie die Konfrontation mit China. Doch ein Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein weiteres Signal der Schwäche und würde den liberalen Werten zuwiderlaufen, mit denen die Außenpolitik der USA verhüllt wird. Wie kann es sein, dass die USA – der große Verteidiger der Demokratie gegen den bösen Diktator Putin – die Ukraine im Stich lässt? Wie konnten die US-Machthaber die Erweiterung der NATO rechtfertigen, wenn nicht mit dem Vorwand, die Wehrlosen zu schützen? Dieser Stellvertreterkrieg hat die USA Milliarden gekostet. Wenn die Ukraine und die NATO nun zwangsläufig verlieren, wird dies der US-Hegemonie einen Schlag versetzen.

Der Krieg in der Ukraine ist bei der amerikanischen Bevölkerung äußerst unpopulär, die von der Inflation, mit angeheizt durch den Krieg, überrollt wird. Milliarden werden nach Übersee geschickt, um einen Krieg zu finanzieren, der die große Mehrheit nicht interessiert, während sich viele Menschen keine Lebensmittel mehr leisten können. Aber die demokratische Regierung erzählt ihnen, dass alles in Ordnung sei und es der Wirtschaft besser gehe denn je, also kein Gejammer mehr, sondern Unterstützung für die Ukraine. Eine hervorragende Methode, um die Öffentlichkeit von einem militärischen Abenteuer zu überzeugen!

Im Fall der Palästinenser kollidierten erneut hochtrabende liberale Ideale mit der materiellen Realität. Seit über einem Jahr haben die Demokraten – die Partei, die angeblich die globale Aufklärung verkörpert – beim Völkermord in Gaza die Oberaufsicht. Ihre Unterstützung für Israel ist unumstößlich, Völkermord hin oder her, denn der zionistische Staat ist der Vorposten des US-Imperialismus im Nahen Osten. Aber es ist nicht so einfach, „Demokratie“ und „Schutz der Wehrlosen“ zu predigen, wenn man die Bomben liefert, die auf palästinensische Babys abgeworfen werden. Dieser Widerspruch löste eine Protestbewegung empörter Jugendlicher aus, die verlangten, dass die USA mit ihrer Heuchelei aufhören und sich an ihre liberalen Werte halten. Umfassende Repression brachte einige Aktivisten dazu, nach Antworten jenseits der Campus-Zeltlager zu suchen, aber viele andere ließen sich demoralisieren und verstummten. Für diejenigen, die den Völkermord stoppen wollen, besteht der erste Schritt darin, mit der liberalen Politik zu brechen, die diesen Kampf behindert.

Bidens vier Jahre erwiesen sich als eine Katastrophe für die arbeitende Bevölkerung und beschleunigten den Verfall der US-Hegemonie. Nachdem er von seiner Partei gezwungen worden war, aus dem Präsidentschaftsrennen auszusteigen – weil es nicht sehr ermutigend war, einen Mann als das Gesicht des US-Imperialismus zu haben, der schon mit einem Fuß im Grab steht –, stürzte sich Kamala Harris in den Kampf. Sie war die letzte sterbende Hoffnung des liberalen Status quo, und sie musste eine schwere Niederlage einstecken.

Diesmal ist es nicht so wie 2016. Damals hielt man Trumps Sieg für einen Ausrutscher, und es formierte sich „Widerstand“, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Die Demokraten wehrten sich mit allem, was sie hatten. Jetzt aber sind sie damit beschäftigt, von den liberalen Werten einen nach dem anderen über Bord zu werfen, gerade die Gruppen, deren Vorkämpfer sie angeblich waren, im Stich zu lassen und sich von den wirtschaftlichen Grundlagen der Globalisierung – z. B. Freihandel und offene Grenzen – zu verabschieden.

Je mehr die Demokraten auf den Liberalismus setzten, als dieser an seine materiellen und ideologischen Grenzen stieß, desto stärker wurden die ihm feindlich gesinnten Kräfte. Die herrschende Klasse konsolidiert sich nun im Rahmen eines radikalen Strategiewechsels zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Bedingungen, die den Liberalis-



Jim West/Alamy

Metropolregion Detroit, Dezember 2022: Eisenbahner protestieren gegen miserablen Tarifvertrag, den man ihnen nach Streikverbot durch Biden und den Kongress reingewürgt hat

mus zu ihrer vorherrschenden Ideologie machten, sind vorbei und werden in absehbarer Zeit nicht zurückkehren. Die liberale Maske gleitet hinunter und es zeigen sich die Reißzähne, die sich die ganze Zeit darunter verbargen.

Die Arbeiterklasse wendet sich von den Liberalen ab

Die durch Inflation und jahrelange Zugeständnisse schwer angeschlagene Arbeiterklasse zeigt wachsende Unruhe und Bereitschaft zum Klassenkampf. Doch bisher geht diese Kampfbereitschaft nicht einher mit einer Führung, die dazu fähig ist, das Blatt zugunsten der Arbeiter zu wenden und ihre Forderungen durchzusetzen, sondern mit einer, die im Rahmen des liberalen Status quo nur Linderung anstrebt. Das Problem ist, dass man die Bedingungen der Arbeiterklasse nicht qualitativ verbessern kann, solange man das Ziel der herrschenden Klasse der USA respektiert, die Welt zu beherrschen.

Pro-kapitalistische Gewerkschaftsführer wie der sich kämpferisch gebende Chef der UAW [United Auto Workers] Shawn Fain haben mit ihrer Weigerung, der herrschenden Klasse eine Krise zu bescheren, Streiks unterminiert und dienen auch sonst dem Liberalismus als dessen wichtigste Verbindung zur Arbeiterbewegung. Fain selbst, der sich seine Rolle beim Autostreik 2023 zunutze macht, wurde zu einem prominenten Bauernfänger für die Biden/Harris-Kampagne. Dennoch behandelt die Linke Fain so, als wäre er etwas Besseres als die übrige Gewerkschaftsbürokratie, während er in Wirklichkeit nur ihr unverblümter Verfechter liberaler Werte ist. Weit davon entfernt, gerade jetzt für eine neue Führung mit einer gegen den Liberalismus gerichteten Klassenkampfstrategie zu kämpfen, bejubelt die Linke Fain oder drängt ihn, den von ihm eingeschlagenen Weg noch ein bisschen weiter zu gehen – was für den Kampf der Arbeiter und die Sache des Sozialismus nur eine Katastrophe bedeuten kann.

Die Arbeiterklasse hat auf Trumps Wiederwahl mit ein wenig Achselzucken reagiert, gepaart mit einem Gefühl der Angst davor, welche Richtung die USA einschlagen werden. Viele Arbeiter glauben, es werde ihnen unter Trump etwas besser gehen, während andere vor dem, was er vorhat, Angst haben. Bemerkenswert ist, dass diesmal mehr Schwarze und Latinos Trump gewählt haben als zuvor. Obwohl diese Wähler von dem republikanischen Kandidaten persönlich angewidert sind, haben sie genug von den moralischen Einschüchterungen, gebrochenen Versprechen und wirtschaftlichen Zumutungen der Liberalen. Derart drangsaliert hat die Arbeiterklasse einen Rechtsruck vollzogen.

Liberale haben den rechten Reaktionären unter anderem dadurch Auftrieb gegeben, dass sie einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und unterdrückte Gruppen getrieben haben. Sie predigen Toleranz und spielen gleichzeitig verschiedene Sektoren der Unterdrückten beim Gerangel um immer geringere Ressourcen gegeneinander aus. Diese Kombination von Schlägen kann nur zu Verbitterung und Spaltung führen. So werden Migranten unter der Stadtverwaltung von Demokraten in die Viertel von Schwarzen und anderen Nicht-Weißen hineingezwungen, wo man in ihnen Konkurrenten um die verfügbaren Brosamen sieht. Arbeiter sehen, wie Migranten einige mickrige staatliche Leistungen erhalten, während sie selbst kaum über die Runden kommen, und wenn sie etwas über ihre Lage sagen, werden sie von den Liberalen als rassistisch oder intolerant abgestempelt. Die vorgeblichen Sozialisten, jederzeit versöhnlerisch gegenüber dem Liberalismus, haben keine wirkliche Kampfansage an dieses „Teilen und Herrschen“ vorgeschlagen – dass die unabhängige Arbeiterbewegung die Migrationskrise auf fortschrittliche Weise lösen muss – und so auch selber die arbeitende Bevölkerung an die Rechte ausgeliefert.

Trump 2.0: Der Mann der Zölle

Trump kam mit dem Versprechen an die Macht, die wirtschaftlichen Missstände des Landes durch protektionistische Politik zu beheben, und plant, alle Waren, die aus China, Mexiko und Kanada in die USA eingeführt werden, mit hohen neuen Zöllen zu belegen. Der selbsternannte „Tariff-Man“ sieht in Importsteuern eine mächtige Waffe, um die einheimische Fertigungsindustrie zu sanieren und andere Länder zu zwingen, nach der Pfeife des US-Imperialismus zu tanzen. Doch tatsächlich sind solche Steuern ein deutliches Zeichen für den Niedergang des US-Imperiums. Wenn die USA ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht in Form von protektionistischen Maßnahmen ausspielen, kann dies zwar in bestimmten Fällen kurzfristig ihre Lage verbessern, aber letztendlich kann dieser Weg – ebenso wie der Freihandel – die grundlegenden Probleme des Landes nur verschärfen.

Die USA sind nicht irgendein in den Kinderschuhen steckendes kapitalistisches Land, das seine Industrie von Grund auf entwickeln muss, sondern die vorherrschende imperialistische Weltmacht. Wenn ein Industriezweig durch Zölle floriert, wird ein anderer schwer getroffen – besonders einer mit fortschrittlicherer Technik und besserer Anpassung an den Weltmarkt. In seiner ersten Amtszeit verhängte Trump massive Zölle, um die E-Autoindustrie der USA vor den weitaus billigeren, technisch fortschrittlicheren E-Autos aus China zu schützen; China reagierte entsprechend gegen die US-Agrarindustrie, was deren Exporte drastisch reduzierte. Das Problem lässt sich so auf den Punkt bringen: Vom Imperialismus geförderte Handelsschranken bremsen die internationalen Produktivkräfte und verstärken den parasitären Charakter der US-Wirtschaft. Ein System von Zöllen würde, falls es durchgesetzt wird, auch zu Preissteigerungen führen, sowohl für die inländische Produktion als auch für die Verbraucher.

Auf internationaler Ebene würden aggressive Versuche der USA, ein größeres Stück vom Kuchen für sich zu ergattern, alle möglichen Spannungen verschärfen. Zum Beispiel würden dadurch politische Tendenzen in anderen Ländern verstärkt, die Schirmherrschaft des US-Imperialismus loszuwerden, und es würde die wirtschaftliche Schlinge um Neokolonien wie Mexiko enger ziehen. Unmittelbar nach

Trumps Sieg verlor der Peso stark an Wert, und Trump hat seitdem versprochen, Mexiko vom ersten Tag an mit einem Pauschalzoll von 25 Prozent zu belegen, um dessen Regierung zu weiteren Grenzkontrollen für den US-Imperialismus zu erpressen. Dies lässt eine Verschärfung der nationalen Unterdrückung Mexikos und des Elends seiner hart arbeitenden Massen erwarten.

Auch die amerikanische Arbeiterklasse wird von diesem Protektionismus nicht profitieren. Entgegen den Behauptungen von Trump und den Gewerkschaftsbürokraten kommen durch den Protektionismus keine gut bezahlten Industriearbeitsplätze wieder zurück. Vielmehr werden die US-Bosse, um Industrie nach der Rückverlagerung gewinnbringend betreiben zu können, von den Arbeitern weitreichende Zugeständnisse verlangen. Die Verwüstung der Wirtschaft durch die Kapitalisten macht deutlich, dass die Arbeiter den täglichen Kampf für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage unbedingt mit dem Kampf für den Wiederaufbau der Industrie unter Arbeiterkontrolle verbinden müssen, d. h. mit einem allgemeinen Kampf gegen die US-Herrscher für qualifizierte Arbeitsplätze.

Dieser Kampf wäre eine Unterstützung für die mexikanischen Massen, da er der Verschärfung imperialistischer Unterjochung im Wege steht. Umgekehrt würden sich die Arbeiter in den USA durch eine Verteidigung Mexikos gegen die Einschüchterung und Beherrschung durch die USA mehr Spielraum verschaffen für ihre eigenen Kämpfe. Ein antiimperialistisches Bündnis des Proletariats beider Länder ist unerlässlich, um die Kampfkraft gegen den gemeinsamen Feind zu maximieren. Um ein solches Bündnis zustande zu bringen, muss man sowohl gegen diejenigen in der Arbeiterbewegung kämpfen, die Trumps Chauvinismus übernehmen, als auch gegen diejenigen, die wie Liberale den Chauvinismus anprangern, ohne eine Alternative anzubieten.

Trump 2.0: Der Herr der Abschiebungen

Trumps Rückkehr ist ein großer Sieg für die Kräfte der rechten Reaktion. Er hat bereits Massenabschiebungen versprochen, und mit Angriffen auf Transmenschen und andere Minderheiten ist zu rechnen. Der jüngste Zustrom von Einwanderern kollidierte mit geringerer Verfügbarkeit von Ressourcen, was eine weitverbreitete Gegenreaktion hervorrief. Viele liberale Demokraten haben es aufgegeben, so zu tun, als würden sie sich für Einwanderer interessieren, und wetteifern jetzt mit Trump in Sachen Grenzsicherung. Andere Liberale setzen im Kampf gegen Abschiebungen auf die Bosse in Branchen, die stark darauf angewiesen sind, mit nicht registrierten Einwanderern schlecht bezahlte Knochenjobs zu besetzen. Solche „Verteidigung" von Einwanderern hat die Aufrechterhaltung des unterdrückerischen liberalen Status quo zur Voraussetzung – und ist obendrein eine Wahnvorstellung. Die Bosse der Agrar- und Fleischindustrie würden von einer immigrantenfeindlichen Schreckensherrschaft genauso profitieren wie andere oder sogar noch mehr. Eine extrem benachteiligte Arbeiterschaft, die außerhalb des Arbeitsplatzes zu einem Schattendasein verurteilt ist, ist für Superausbeutung prädestiniert.

Einige Arbeiter haben die Illusion, Trumps Abschiebepläne würden die Unternehmer dazu zwingen, ihre Löhne zu erhöhen, um qualifizierte Arbeitskräfte anzulocken und zu halten. Aber das Vorhandensein einer Schicht ständig in Angst lebender Arbeiter untergräbt nur die Fähigkeit der Arbeiterklasse insgesamt, den Bossen das zu entreißen, was sie braucht. Massenabschiebungen geben den Kräften der Unterdrückung Rückenwind und treiben eingewanderte Arbeiter und ihre Nachkommen dahin, dass sie den Bossen keinen Ärger machen. Der Kampf sollte nicht darum gehen, dass in den USA geborene Arbeiter gegen eingewanderte Arbeiter um die vom kapitalistischen Tisch gefallenen Krümel kämpfen, sondern dass stattdessen in den USA geborene und eingewanderte Arbeiter gemeinsam gegen die Bosse kämpfen, um wirkliche Errungenschaften zu erzielen und die Bedingungen für die gesamte Klasse zu verbessern. Die Bosse wollen eine verängstigte und gespaltene Arbeiterschaft, die untereinander streitet und sich nicht mit den Bossen anlegt. Der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle Einwanderer würde die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken.

Bei den letzten großen Klassenkämpfen wie den Streiks der ILA-Hafenarbeiter [International Longshoremen's Association] und der Boeing-Flugzeugmechaniker waren einige der kämpferischsten Arbeiter Trump-Anhänger. Die Gewerkschaftsbürokratie, einschließlich der Führungen dieser beiden Gewerkschaften, hat unermüdlich daran gearbeitet, den offensichtlichen Kampfgeist der Klasse in das Gefängnis des Status quo umzuleiten. Wohin die Kampfbereitschaft in Zukunft gelenkt wird, hängt von der Fähigkeit der Linken ab, in die lebendigen Kämpfe einzugreifen und eine alternative Führung aufzubauen, die entschlossen ist, gegen die rechte Reaktion und den Liberalismus die Interessen der gesamten Arbeiterklasse zu vertreten. Die Arbeiterklasse wird nur dann wieder Fuß fassen können, wenn sie gegen ***beide*** Flügel der herrschenden Klasse zurückschlägt.

Trump wird wohl gegenüber der Arbeiterklasse eine von zwei Vorgehensweisen wählen: sie zu erdrücken oder die Bestechung ihrer obersten Schicht zu versuchen. Im Moment gibt er sich als ein Mann des Volkes. Er hat sich aber auch mit Milliardären wie Elon Musk umgeben, die die Gewerkschaften zerschlagen wollen. Dieser Balanceakt kann nicht lange dauern. Massenentlassungen von Bundesbediensteten stehen bevor, da Trump die Streichung „verschwenderischer Staatsausgaben" vorbereitet. Dieser Marsch zu staatlicher Effizienz wird an eine Grenze stoßen. Der am stärksten aufgeblähte und verschwenderische Teil des Bundeshaushalts sind zweifellos die Verteidigungsausgaben. Das ist der Preis dafür, ein Imperium zu regieren.

Trump hat sich als Kriegsgegner präsentiert und geschworen, den Krieg in der Ukraine sofort nach seinem Amtsantritt zu beenden. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, ist verschwindend gering, denn es kommt darauf an, ob Russland einem Abkommen tatsächlich zustimmt. Russland hat kein Interesse an einem Rückzug, wenn es eindeutig am Gewinnen ist. Für einen Deal müsste Trump Russland die Ukraine auf dem Silbertablett servieren und vielleicht sogar den Rückzug der NATO von der russischen Grenze zugestehen. Dies würde eine unglaubliche Schwäche der USA demonstrieren – was Trump wohl kaum schlucken würde.

Wohin geht die Demokratische Partei?

Seit den Wahlen grübeln die Demokraten darüber nach, was falsch gelaufen ist. Die meisten räumen ein, die Arbeiterklasse verloren zu haben, und Konsens besteht inzwischen darüber, von den „Woke"-Themen – die sowohl bei der herrschenden Klasse als auch bei der Arbeiterklasse auf immer mehr Ablehnung stoßen – wegzukommen und sich „Alltags"fragen zuzuwenden. Das bedeutet, jede Erwähnung besonderer Unterdrückung zu vermeiden.

Um wieder um die Macht kämpfen zu können, versuchen die Demokraten sich von dem Liberalismus reinzuwaschen, durch den sie für die Massen so erbärmlich aussahen. Es wird die Demokraten einige Zeit kosten, bis sie herausfinden, wie man erneut den Arbeitern und Unterdrückten Sand in die Augen streuen kann, bevor man ihnen das Fell über die Ohren zieht. Die Demokratische Partei steht vor einem Personalumbau – Dinosaurier wie Nancy Pelosi gehören wohl schon der Vergangenheit an.



ZUMA/Alamy

US-Imperialismus stolpert von einer Krise in die nächste. Chaotischer Abzug aus Afghanistan im August 2021 symbolisiert Niedergang der US-Hegemonie

Die DSA [Democratic Socialists of America] und andere Sozialdemokraten wollen, dass die Demokratische Partei auf den Weg von FDR zurückkehrt. In Anbetracht der Weltlage ist dies sicher möglich. Wenn eine imperialistische Macht unter dem wirtschaftlichen Druck ihrer Rivalen ins Hintertreffen gerät, besteht die natürliche Tendenz darin, zu staatlichen Maßnahmen zu greifen, um direkte Mittel zur eigenen Stärkung einzusetzen. Ein großer Teil der Linken stellt diesen Etatismus als schon an sich fortschrittlich und als einen Segen für die Arbeiterklasse dar. Doch der Zweck wäre in Wirklichkeit, die Bevölkerung und die Wirtschaft im Einklang mit den Interessen der imperialistischen Herrscher zu reglementieren für die Vorbereitung auf einen Großmachtkonflikt und einen Krieg mit China. Der von den Demokraten initiierte CHIPS Act war ein Schritt in diese Richtung – ein staatlicher Eingriff, um Amerikas High-Tech-Autarkie und seine militärischen Systeme durch Wiederbelebung der heimischen Halbleiterindustrie zu stärken.

Bidens Gesetz zur COVID-Hilfe war ein erheblich umfangreicheres staatlich gefördertes Konjunkturprogramm, das von der DSA-Zeitschrift *Jacobin* als „Wiedereinführung staatlicher Hilfen" gepriesen wurde. Doch diese Zahlungen wurden von der Inflation, die durch das Hilfspaket ausgelöst wurde, um ein Vielfaches aufgefressen, und das alles nur, um der Bourgeoisie die Haut zu retten, nachdem ihre Lockdowns die Wirtschaft zum Stillstand gebracht hatten. Trotzki schrieb: „Etatismus bedeutet – gleichgültig, ob in Mussolini-Italien, Hitler-Deutschland, Roosevelt-Amerika oder im Frankreich Léon Blums – Einmischung des Staates auf der Grundlage des Privateigentums mit dem Ziel, es zu retten. Welches die Regierungsprogramme auch sein mögen, der Etatismus führt unweigerlich dazu, die Verluste des faulenden Systems von den Schultern der Starken auf die der Schwachen abzuwälzen" (*Verratene Revolution*, 1936).

Die DSA selbst waren im vergangenen Jahr durch den Widerspruch, innerhalb der Demokratischen Partei für Sozialismus einzutreten, weitgehend gelähmt. Einerseits war Biden bei der Arbeiterklasse weitgehend verhasst, und der Völkermord in Gaza schlug hohe Wellen; andererseits war er der Kandidat der Partei. Um sich etwas abzugrenzen, war es bei DSAlern der letzte Schrei, gegen Genocide Joe zu schimpfen und eine Arbeiterpartei zu fordern. Als Harris die Wahlkampfzügel in die Hand nahm, war das ein Geschenk des Himmels. Auch wenn sie politisch nicht von Biden zu unterscheiden und für die Verbrechen der Regierung gleichermaßen verantwortlich war, so war sie immerhin nicht senil und eine schwarze Frau, also nicht ***er***. Die linken Parteigruppierungen der DSA, die formal für einen Bruch mit den Demokraten eintreten, tauchten unter, und die meisten DSA-Mitglieder hielten sich die Nase zu und wählten Harris, um Trump zu stoppen.

Vieles deutet darauf hin, dass die DSA nach den Wahlen einen sozialdemokratischen Schwenk vollziehen. Nicht nur gibt *Jacobin* der Demokratischen Partei den Rat, diesen Weg einzuschlagen, sondern auch einige DSA-Abgeordnete führen Kampagnen, die sich auf die Lebenshaltungskosten konzentrieren und den besonders unterdrückten Gruppen nichts zu bieten haben. Bei den DSA ist es jetzt, mit sicherem Abstand zu den Wahlen, wieder Mode, die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei lautstark zu verkünden. Diese Aufrufe werden jedoch ins ***Leere*** laufen, wenn man nicht dafür kämpft, die Abgeordneten der Demokraten jetzt hinauszuwerfen und einen klaren Bruch mit der gesamten Demokratischen Partei zu vollziehen. Diese imperialistischen Giftschlangen wurden gerade erst von der Mehrheit der Werktätigen entschieden zurückgewiesen; das Ziel darf nicht sein, die Arbeiter in die Schlangengrube zurückzuholen, statt revolutionär gesinnte DSAler da herauszuholen. Dann bekäme das Projekt, eine Arbeiterpartei aufzubauen, echten Schwung, zumal sich nach der Amtseinführung wahrscheinlich noch mehr Risse bei den DSA auftun werden.

Die Linke und die Wahlen von 2024

Die Wahlen waren eine hervorragende Gelegenheit für die Linke, die Arbeiterklasse weiter gegen den liberalen Status quo auszurichten und sie auf die eigene Seite zu ziehen. Aber wieder einmal haben erklärte Marxisten kläglich versagt. Einige standen abseits, riefen „Es gibt nichts zu wählen" und erhoben leere Forderungen nach einer Arbeiterpartei, während andere ungeniert liberalen Politikern hinterherliefen.

Zu letzteren gehören die Socialist Alternative (SA – verbunden mit der Sozialistischen Alternative, SAV) und ihre Abspaltung Workers Strike Back (WSB), die für Jill Stein von der Green Party Wähler zusammentrommelten und dabei behaupteten, eine Unterstützung für diese bürgerliche Ökoliberale, die nicht die Absicht hat, eine Arbeiterpartei aufzubauen, sei der beste Weg, um ... eine Arbeiterpartei aufzubauen! Eher hätten sie Blut aus einem Felsen pressen können – und damit der Sache der Klassenunabhängigkeit, der Grundvoraussetzung für eine Arbeiterpartei, weit weniger Schaden zugefügt. Nach den Wahlen, bei denen Stein nur ein halbes Prozent der Stimmen erhielt, verschwanden die Grünen in der Versenkung und erweisen sich, wie üblich, als völlig irrelevant. Davon unbeirrt setzt SA ihre Hoffnungen zur Gründung einer Arbeiterpartei nun auf zwei der größten Einpeitscher für Biden in der Gewerkschaftsbürokratie: Shawn Fain und die liberale „Widerstands"-Ikone Sara Nelson. Man kann nur raten, an wen sich SA als Nächstes klammert, aber man kann darauf wetten, dass es kein ***Sozialist*** sein wird, der für eine ***Alternative*** zum Status quo kämpft.

Bei den Wahlen hatten die Arbeiter eine klare Möglichkeit zur Abstimmung: die Präsidentschaftsliste der Party for Socialism and Liberation (PSL), die nicht nur gegen Demokraten und Republikaner, sondern auch gegen den Kapitalismus antrat. Diese Liste war ein Instrument, die Gesellschaft entlang von Klassenlinien zu polarisieren und den Arbeitern und Unterdrückten eine reelle Chance zu geben, ihre Kämpfe gegen jeden reaktionären Kandidaten zu richten, der die Wahl gewinnen würde. Wir haben die PSL kritisch unterstützt und bei ihrem Wahlkampf geholfen, aber keine andere marxistische Tendenz ist diesem Beispiel gefolgt. Während die Kandidaten der PSL rund 160 000 Stimmen erhielten – was für Sozialisten nicht zu verachten ist –, spielten sie für den Wahlausgang keine Rolle.

Hauptpunkt unserer Kritik an der PSL war ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Liberalismus, welche ihre Kampagne unterminierte. Werfen wir einen Blick auf ihre Intervention in die pro-palästinensische Bewegung.

Um den Völkermord zu stoppen und Palästina zu befreien, muss es in den USA einen antiimperialistischen Kampf geben. Aber die PSL propagierte jede pro-imperialistische liberale Illusion: Sie ließ auf ihrer Palästina-Konferenz die Demokratin Rashida Tlaib auftreten, unterstützte das Vorhaben von Demokraten, bei der Präsidentschaftswahl „ungültig“ zu stimmen, und bejubelte UN-Resolutionen für einen Waffenstillstand. Ihr Hinterherlaufen hinter den Liberalen und ihre Weigerung, eine Klassenlinie zu ziehen, sind Hindernisse für die Mobilisierung des notwendigen antiimperialistischen Kampfes.

Als letzten opportunistischen Schritt wenige Tage vor den Wahlen unterstützte die PSL in bestimmten Bundesstaaten (den unabhängigen) Cornel West und Jill Stein, um wiederum deren Unterstützung in anderen Staaten zu bekommen. Die Bildung von Koalitionen mit liberalen Politikern widerspricht allem, was irgendwie mit Klassenunabhängigkeit zu tun hat, und behindert nur die Kämpfe der Arbeiterklasse. Während wir dafür kämpften, dass die Linke den Wahlkampf der PSL als eine proletarische Alternative unterstützt, kämpften wir auch zusammen mit PSLern dafür, dass ihre Kampagne nicht länger durch Versöhnlertum gegenüber liberaler Politik unterminiert wird, um so für den Aufbau einer Arbeiterpartei einen ersten Erfolg zu erzielen. Die Orientierung der PSL auf kleinbürgerliche Liberale hinderte sie auch daran, eine ernsthafte Wahlkampagne in den Gewerkschaften oder überhaupt in der Arbeiterklasse zu führen. Um eine Arbeiterpartei aufzubauen, was ja der Anspruch der PSL ist, muss man sich sowohl an die Arbeiterklasse wenden als auch mit einem Aktionsplan gegen den Liberalismus bewaffnet sein.

Wohin geht die Linke?

Durch die Verbundenheit der Linken mit dem Liberalismus hat sich zwischen der Linken und der Arbeiterklasse eine Kluft aufgetan. Arbeiter halten die Linke entweder für irrelevant oder für liberale Verräter. Aus diesem Grund besteht die zentrale Aufgabe der Linken in der nächsten Zeit darin, diese Kluft zu überwinden, um die bevorstehenden Kämpfe anleiten zu können.

In der Arena von Arbeiterkämpfen ist die Linke entweder vorsätzlich außen vor geblieben oder nur der Gewerkschaftsbürokratie hinterhergelaufen. Einen Eindruck von dem Problem vermitteln die Aktivitäten von WSB während des jüngsten Streiks der Boeing-Flugzeugmechaniker im Raum Seattle, wo WSB und ihre Anführerin Kshama Sawant ihr Zuhause haben. Man könnte annehmen, dass eine Organisation mit dem Namen „Workers Strike Back“ alles tun würde, um den Streik auf Siegeskurs zu bringen, während IAM-Boss Jon Holden [International Association of Machinists and Aerospace Workers] jede Mobilisierung behindert. Aber das wäre ein Irrtum. Ein paar Wochen nach Beginn der äußerst wichtigen Klassenschlacht begaben sich WSB nach Dearborn, Michigan, um für Jill Stein zu werben. Eine liberale Schmalspurpolitikerin zogen sie der Arbeiterklasse vor. Besser lassen sich der Bankrott und die Bedeutungslosigkeit der Linken kaum auf den Punkt bringen.

Viele in der Linken räumen zwar ein, dass in der Gesellschaft ein Rechtsruck stattfindet, leugnen aber seltsamerweise, dass auch die Arbeiterklasse in diese Richtung mitgerissen wird. Tatsächlich wählten viele Werktätige Trump aus Abscheu vor den Politikern des Establishments, der wirtschaftlichen Verelendung, den endlosen Kriegen usw. Darüber hinaus unterstützte eine große Anzahl von Trump-Wählern Maßnahmen zugunsten von Abtreibung. Es gibt Widersprüche, und eine der wichtigsten Aufgaben von Sozialisten besteht nun darin, diese riesige aufgestaute Wut zu nutzen, in ihr die Klasseninteressen zum Ausdruck zu bringen und sie gegen Trump (und die Liberalen) zu richten.

Doch viele Linke verwenden diese Widersprüche, um zu leugnen oder herunterzuspielen, dass Trumps Sieg eine reaktionäre Gegenreaktion auf den Liberalismus ist. Viele Werktätige, die aus berechtigter Wut für Trump gestimmt haben, glauben wirklich, dass Protektionismus, Massenabschiebungen und Trumps diktatorisches Gehabe ihren Interessen zugutekommen werden. Dies zu leugnen und der Arbeiterklasse ein Bewusstsein zuzuschreiben, das sie nicht hat, ist grotesk und irreführend. Damit vermeidet man auch, sich mit dem katastrophalen Kurs der Linken in der letzten Zeit auseinanderzusetzen, weil man wie bisher weitermachen will.

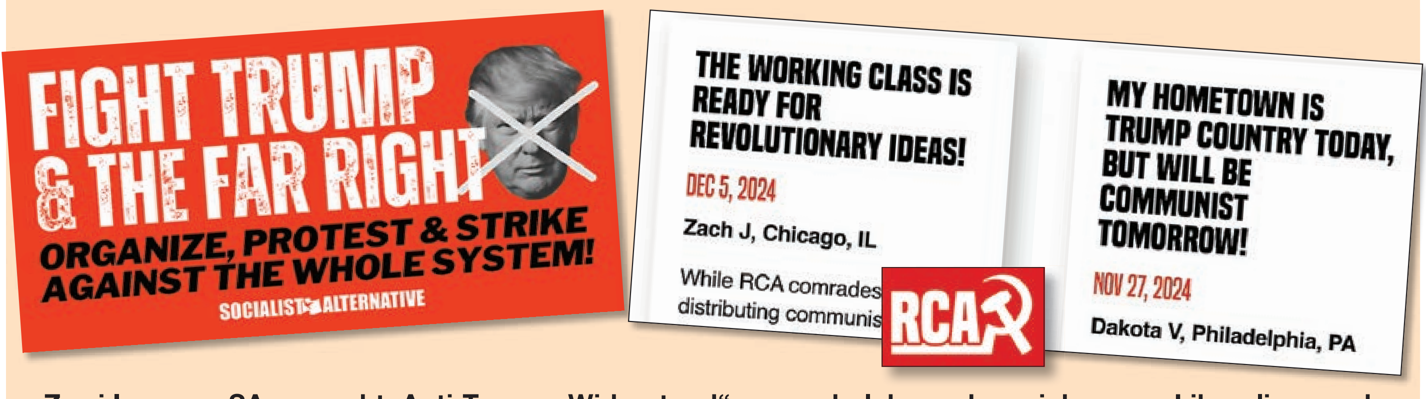
Und tatsächlich besteht das von einem Großteil der Linken vorgeschlagene weitere Vorgehen darin, entweder zu versuchen, den längst toten „Widerstand“ zu neuem Leben zu erwecken, oder in einer winzigen Organisation, der eigenen, Mitglied zu werden und „für die Revolution zu kämpfen“. Keine dieser beiden Richtungen kann die anstehende Aufgabe erfüllen, die Kluft zwischen der Linken und der Arbeiterklasse zu überbrücken. Vielmehr wird alles, was die Linke tut, diese Kluft nur noch vergrößern.

Left Voice [verbunden mit der Revolutionären Internationalistischen Organisation, RIO, bzw. Klasse gegen Klasse] und SA sind typisch für diejenigen, die auf eine Wiederbelebung der liberalen Bewegungen von gestern setzen. Aber diese Bewegungen haben für die Arbeiterklasse und die unterdrückten Gruppen nicht das Geringste getan, für die sie sich angeblich einsetzten, außer sie der gegenwärtigen Reaktion auszuliefern. Außerdem sind mit der Niederlage der liberalen Ordnung die Bedingungen, die den „Widerstand“ ausgelöst haben, nicht mehr gegeben. Der Versuch einer Wiederbelebung wird jedoch nur eines bewirken: Arbeiter abzustoßen, die den Liberalismus entschieden abgelehnt haben. Der Versuch, nach dem Modell von 2016 voranzukommen, steht im Gegensatz zur Organisierung der für die Verteidigung der Arbeiterklasse notwendigen Aktionen.

Die zweite Richtung in der Linken, vertreten durch die Revolutionary Communists of America [verbunden mit der Revolutionären Kommunistischen Partei, RKP], verlegt sich auf abstrakte revolutionäre Phrasendrescherei. Auch diese trägt nichts dazu bei, die Kluft zwischen der Linken und der Arbeiterklasse zu überbrücken, und lässt die Linke noch abgehobener erscheinen als ohnehin schon. Ohne einen konkreten, sofort umzusetzenden Aktionsplan für die Arbeiterklasse haben diese Linken nicht die Mittel, um Arbeiter und Unterdrückte im Kampf für sich zu gewinnen – die Ausgangsbasis für den Aufbau einer Arbeiterpartei.

Eine weitere wichtige Aufgabe für die Linke in dieser Zeit besteht darin, die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und den besonders Unterdrückten zu überwinden. Es ist notwendig, so vorzugehen, dass man die Arbeiterklasse nicht weiter vor den Kopf stößt, sondern deutlich macht, dass die Verteidigung von Immigranten, Transmenschen, Schwarzen usw. in ihrem eigenen Interesse liegt. Wir müssen der Arbeiterklasse zeigen, dass ihr Hass auf den Liberalismus von der herrschenden Klasse dazu benutzt wird, gegen die am stärksten unterdrückten Schichten besonders scharf vorzugehen, wodurch sich die Bedingungen für ***alle*** Werktätigen nur weiter verschlechtern werden. Das ist jedoch nur durch einen entschiedenen Bruch mit liberaler Politik möglich. Alles andere bahnt den Weg zu mehr reaktionärer Entwicklung.

Arbeit in der schwarzen Bevölkerung wird entscheidend sein, um die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und den besonders Unterdrückten zu überwinden. Rassenpolarisierung durchdringt die US-Gesellschaft und die Arbeiterklasse, und weil die Rassentrennung gegen Schwarze so wichtig ist für die Interessen des Kapitals, lässt sich daran, wie es um den Kampf der Schwarzen steht, deutlich ablesen,



Zwei Irrwege: SA versucht, Anti-Trump-„Widerstand" neu zu beleben, ohne sich gegen Liberalismus abzugrenzen; RCA ignoriert Rechtswende in der Gesellschaft und glaubt, Kommunismus stehe vor der Tür

woher der Wind weht. Das trifft zweifellos auf BLM zu, deren liberale Politik nicht nur den Kampf gegen den rassistischen Polizeiterror zum Erliegen brachte, sondern auch der Rechten den Gegenschlag erleichterte. Die Demokraten bemalten erst Straßen vor dem Weißen Haus mit dem Schriftzug BLM und stellten dann als die erste schwarze Frau eine Präsidentschaftskandidatin auf, die sich mit keinem Pieps über die Bullen äußerte, außer dass sie härter gegen Verbrechen vorgehen und der Polizei nie die Mittel streichen würde. Passend dazu werden jetzt alle von BLM unterstützten „progressiven" Staatsanwälte aus dem Amt gejagt.

Die Verschiebung besteht nicht nur in einer Abkehr vom BLM-Liberalismus, z. B. „Streicht der Polizei die Mittel" und Community Control [Kontrolle der Polizei durch die Bevölkerung], sondern auch ganz allgemein vom Kampf der Schwarzen. Die Reaktion der Linken ist entweder Leugnung dieser Realität oder Kapitulation vor ihr und damit Preisgabe des Kampfes der Schwarzen. Für Ersteres ist die Gruppe Left Voice ein Beispiel. Irgendwie ist sie zu der Überzeugung gelangt, dass BLM nicht tot ist, sondern in diesem rechten Klima, in dem die BLM-Politik der Polizeireform abgelehnt wird, ohne weiteres wiederbelebt werden kann. Die übrige Linke ist nicht besser – und hat nichts dazu zu sagen. Das Schicksal von BLM ist eine Warnung an jede andere Bewegung, was passieren wird, wenn die Linke nicht dafür kämpft, den Liberalen die Führung zu entziehen.

Polizeibrutalität grassiert heute mehr denn je. Nachdem die Liberalen damit nichts mehr zu tun haben wollen, kommt es nun auf die Linke an, gegen den Strom zu schwimmen und die Bewegung wiederzubeleben: nicht aus liberalen Gründen, sondern aufgrund der gemeinsamen Interessen von Arbeiterklasse und Schwarzen im Gegensatz zu der herrschenden Klasse und ihrem repressiven Staatsapparat. Genau deshalb haben wir die Kampagne „Open the Police Archives" (OPA – Öffnet die Polizeiarchive) ins Leben gerufen. Bei der Kampagne geht es um die Entlarvung der Liberalen auf frischer Tat, die behaupten, auf der Seite der Schwarzen zu stehen, sich aber, wenn es hart auf hart kommt, als Verfechter staatlicher Geheimhaltung erweisen. Wir ermutigen alle Linken, sich uns in dieser Einheitsfront anzuschließen, um die Bewegung gegen Bullenterror wieder aufzubauen.

Wie kann es weitergehen?

Zurzeit ist die Linke bedeutungslos und ohne Orientierung. Revolutionäre müssen die festgefahrene Situation durchbrechen und Wege finden, wie man die Interessen der Arbeiterklasse voranbringt. Um in dieser reaktionären Periode einen revolutionären Kern aufzubauen, müssen wir:

1.) Über unsere Aufgaben diskutieren, auch darüber, was nötig ist, um eine Arbeiterpartei aufzubauen. Die meisten linken Gruppen treten in diese neue Ära ohne Kompass, haben keine Ahnung von den seismischen Verschiebungen, die gerade stattfinden, und sind dabei, die gleichen Fehler wieder zu begehen, die uns hierher gebracht haben. Oder sie finden Trost in der revolutionären Phrasendrescherei von Sektierern und verzichten auf jede unmittelbare Kampfperspektive. Es ist dringend notwendig, eine breitere Diskussion und Debatte zwischen linken Gruppen darüber zu eröffnen, wie es so weit kommen konnte und was die Aufgaben der sozialistischen und der Arbeiterbewegung in dieser neuen Ära sind.

2.) Strukturen innerhalb der Gewerkschaften organisieren, die in Opposition zur derzeitigen pro-kapitalistischen Führung, die den Kampf der Arbeiterklasse nur behindert, einen nach vorn gerichteten Weg des Klassenkampfes anzubieten haben. Die sozialistische Linke ist als politische Kraft in Misskredit geraten, besonders bei der Arbeiterklasse, wo viele sie als liberale Gutmenschen betrachten, die sich als Ratgeber für Demokraten und Gewerkschaftsbürokratie betätigen. Dagegen müssen sich echte Sozialisten an die Arbeiterklasse wenden und für die Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen kämpfen, indem sie die Politik und die Methoden des Klassenkampfes anwenden. Voraussetzung für diesen Kampf ist vollständige Opposition gegen alle kapitalistischen Parteien und ***alle*** Flügel der Gewerkschaftsbürokratie. Nur so können die Sozialisten bei den Arbeitern an Autorität gewinnen, die Anziehungskraft von Rechtspopulisten schwächen, die Macht der Gewerkschaften wiederherstellen und die Grundlage für eine neue, klassenkämpferische Führung der Arbeiterklasse schaffen.

3.) Große Einheitsfrontaktionen organisieren, um die Unterdrückten gegen die bevorstehenden Angriffe zu verteidigen. Schwarze und Transmenschen, Latinos, Immigranten, Muslime, Frauen – alle Unterdrückten – werden im Fadenkreuz der neuen Regierung stehen. Die notwendigen Abwehrkämpfe können nicht ohnmächtigen Liberalen überlassen werden, deren moralistische Politik die Arbeiter und Unterdrückten weiter spalten wird. Ebenso wenig können Sozialisten denjenigen „Linken" auch nur ein Jota nachgeben, die angesichts der rechten Reaktion den Kampf für die unterdrückten Gruppen aufgeben. Sozialisten müssen sich an die Spitze dieser Kämpfe stellen, als absoluter Gegenpol zu den Liberalen, immer mit der Absicht, eine Klassenkampfstrategie vorzuschlagen, die die besonderen Bedürfnisse der Unterdrückten mit den materiellen Interessen der gesamten Arbeiterklasse verbindet.

Nur wenn die sozialistische Bewegung einen solchen Kurs einschlägt, kann sie sich dem scharfen Wind der Reaktion frontal entgegenstellen, wieder ein Gegenpol zu den diskreditierten Liberalen werden und die Arbeiterbewegung wieder zu einer wirklichen kämpferischen Kraft machen. ■

Wie verteidigen...

Fortsetzung von Seite 2

Bevölkerung im Osten gibt es einen tiefen und fortschrittlichen Wunsch nach Frieden mit Russland und Abscheu gegen die grün-liberalen Erzählungen, Russland müsse mit allen Mitteln in der Ukraine besiegt werden. Aber wie können diese Wünsche gebündelt und die Arbeiter dafür mobilisiert werden? Der Widerspruch bei den sozialistischen Linken ist eklatant: Sie beschwören Opposition gegen den Kurs von immer mehr Aufrüstung unter Merz-Klingbeil ... aber sie lehnen es ab, den Kampf gegen die NATO – das zentrale Militärbündnis, in dessen Rahmen die Militarisierung stattfindet – in das Zentrum zu rücken, um ja keine Pro-NATO-Gewerkschaftsführer zu verschrecken. Genau dies müssen wir aber tun, um voranzukommen.

Kampf für starke Gewerkschaften und gegen alle Spaltungen

In den letzten Monaten haben die Angriffe auf Arbeiter weiter an Fahrt aufgenommen, von VW, Privatisierung im Hamburger Hafen bis zur fortschreitenden Deindustrialisierung. Jeder Gewerkschafter weiß aus harter eigener Erfahrung, dass die Einheit der Kollegen gegen die Bosse allererste Bedingung ist, um sich wehren zu können. Es war gerade eins der Charakteristiken der letzten Jahrzehnte, dass sich die deutschen Kapitalisten eine goldene Nase verdient haben, indem sie mit EU und Euro ganz Ost- und Südosteuropa ausgepresst haben und gleichzeitig hierzulande massiv Privatisierungen, Auslagerungen und Aufspaltungen vorangetrieben haben. Durch Leiharbeit, Werkverträge und einen Flickenteppich von Tarifverträgen wurde die Einheit der Arbeiter immer weiter geschwächt. Oft wurden diese vielfachen Spaltungen direkt von SPD und Linkspartei mit Unterstützung oder Duldung der Gewerkschaftsführer durchgesetzt.

Dieses System von Spaltung hat immer mehr Frustration, Verarmung und Wut unter Arbeitern hervorgerufen, die sich in den letzten Wochen bei den wichtigen Streiks von Arbeitern der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) und Müllabfuhr, bei Post, Flughäfen und im öffentlichen Dienst im ganzen Land Bahn gebrochen haben. Ein anschauliches Beispiel ist der seit Jahren andauernde Kampf der Arbeiter von Charité Facility Management (CFM) in Berlin, die immer wieder in Streiks gehen, um eine Angleichung ihrer Bedingungen an die der anderen Arbeiter in der Charité zu erkämpfen – d. h. TVöD für alle! Es war ein rot-roter SPD-LP-Senat von Berlin, der 2006 die Aufspaltung ursprünglich durchgedrückt hatte, wobei zum großen Teil Frauen und migrantische Arbeiter in die schlechteren Bedingungen des CFM-Tarifs hinein gezwungen werden.

Gegen die Krankenhausleitung, die mit allen Kniffen, Tricks und Gerichtsurteilen gegen die CFM-Streiks vorging, haben die Arbeiter sich nicht unterkriegen lassen und sind immer wieder in den Streik getreten. Aber anstatt die Gelegenheit zu nutzen, alle Charité-Arbeiter gemeinsam zu mobilisieren und die Bedingungen aller zu verbessern, hat die ver.di-Führung bei den Streiks der letzten Wochen die Kollegen von CFM isoliert gelassen. Sie hat den potenziell sehr machtvollen gemeinsamen Kampf der Arbeiter aufgespalten, die Kämpfe vereinzelt und, ob bei BVG oder öffentlichem Dienst, immer wieder in die Schlichtung – und damit in die Niederlage – geschickt. In der neuesten Vereinbarung akzeptiert ver.di sogar „freiwillige“ 42 Wochenstunden Arbeit!

Die ver.di-Führung hat auf Teufel komm raus versucht, eine geeinte Konfrontation zu vermeiden. Warum? Ein vereinter Streik aller Arbeiter im öffentlichen Dienst würde das Land lahmlegen, wäre eine Kampfansage an die „Sozialpartnerschaft“ und würde direkt die Regierung in Bredouille bringen, genau das, was sie vermeiden will.

Schlechtere Arbeitsbedingungen, wie bei CFM, werden von Bossen als Drohung und Dolch an der Kehle aller Arbeiter benutzt. Das heißt, ein gemeinsamer Kampf ist nicht eine Frage von moralischer Verpflichtung gegenüber schlechter gestellten Kollegen, sondern eine Notwendigkeit zur Verteidigung aller!

Überall, wo es Abstimmungen gibt innerhalb von ver.di wie bei BVG und TVöD, müssen wir unter Kollegen mobilisieren, um die giftigen Schlichtungsergebnisse zurückzuweisen. Das müssen wir aber verbinden mit dem Kampf, eine Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung aufzubauen gegen den Kurs der jetzigen Führer als Vorbereitung der kommenden Kämpfe. Es gibt unzählige Oppositionsgruppen innerhalb der Gewerkschaften: Schließen wir uns zu einer schlagkräftigen Opposition gegen die jetzige Führung zusammen! Für einen Kurswechsel in den Gewerkschaften!

Verteidigt die Palästinenser!

Ein zentraler Weg, wie die Führer von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften gerade in den letzten ein bis zwei Jahren Arbeitern und Jugendlichen Regierungshörigkeit eintrichtern wollen, ist ihre unverbrüchliche Unterstützung für Israel. Diese funktioniert als Rammbock, um alle zu unterdrücken. Jeder, der sich solidarisch mit dem gerechten Kampf der Palästinenser für nationales Überleben und Befreiung erklärt, wird als Gegner und auf dreist zynische Weise als „Antisemit“ markiert.

Seit dem 7. Oktober 2023 und Israels völkermörderischem Krieg gegen Gaza wurden in Deutschland mehrere Dutzend Arbeiter aus ihren Jobs geschmissen, weil sie für Palästina demonstriert oder sich kritisch gegen Israel geäußert haben. Es sollen mit den #Berlin4 jetzt sogar Aktivisten ausgewiesen werden, ohne auch nur den geringsten rechtlichen Vorwand einer gerichtlichen „Verurteilung“. Das ist die Spitze des Eisbergs einer andauernden anti-muslimischen Hexenjagd und der Abschiebepolitik. Es ist notwendig für die Gewerkschaften, diese vom Staat unterdrückten Schichten der Arbeiterklasse zu verteidigen – um unsere Reihen zu stärken für die kommenden Angriffe auf alle.

Heute sind es Palästina-Aktivisten, oft mit muslimischem Hintergrund, die vom Staat terrorisiert werden; als nächstes wird er gegen Arbeiter und kritische Gewerkschafter vorgehen, die sich gegen die immer schärferen Angriffe stellen oder gegen Aufrüstung, Privatisierungen und andere Angriffe kämpfen. Um in eine bessere Position zur Verteidigung unserer Interessen zu kommen, ist es im ureigenen Interesse der Arbeiterbewegung, gegen diese Repression anzugehen. Internationale Solidaritätskampagnen (wie für Erik Helgeson, siehe Seite 10) sind wichtig und müssen genutzt werden, um Verbindungen zu Arbeitern in anderen Ländern zu schmieden.

Viele Gewerkschafter wollen gegen diese politischen Verfolgungen vorgehen – und unter Druck der Basis äußern sich sogar führende Gewerkschafter ab und zu kritisch gegen die Staatsrepression. Jedes Anzeichen von gewerkschaftlichen Protesten müssen wir aufgreifen und dafür kämpfen, sie in konkrete Solidaritätsaktionen umzuwandeln!

Aber uns muss klar sein, dass wir nicht vorankommen, ohne gegen die Pro-Israel-Führung der Gewerkschaften anzugehen. Im neuesten Tarifvertrag von ver.di hat die Gewerkschaftsführung sogar eine „Regelabfrage“ beim Verfassungsschutz festgeschrieben: insbesondere eine Bedrohung muslimischer Minderheiten und von Arbeitern, die palästina-solidarisch sind, kann aber darüber hinaus gegen jeden kritischen Arbeiter verwendet werden. Der beste Weg, uns zu stärken, ist, die vom Staat angegriffenen und isoliertesten Schichten der Arbeiter und Unterdrückten zusammen zu verteidigen und uns so in eine bessere Position zu bringen, um gemeinsam den kommenden Angriffen zu begegnen. ■

Erdoğan...

32. sayfanın devamı

sokaklara döküldü ve İmamoğlu'nun yanı sıra aralarında pek çok solcunun da bulunduğu tüm tutukluların serbest bırakılması çağrısında bulundu. Ayrıca Erdoğan'ın giderek otoriterleşen rejimine karşı adalet ve demokrasi çağrısında bulunuyorlar.

Biz baskıya ve otoriterliğe karşı çıkıyor, İmamoğlu'nun ve tüm tutukluların serbest bırakılması çağrısında bulunuyoruz. Ancak, artan otoriterleşmenin ***kaynağını*** anlamak esastır. Otoriterleşmenin ve aynı zamanda yoksulluk ve sefaletin kökü, ülkede başrolü oynayan emperyalizmin ülkeyi baskı altına almasında yatmaktadır. Dolayısıyla, otoriterleşme ile emperyalist güçlerin Türkiye'nin bağımlı konumu nedeniyle üzerindeki artan baskısı arasında doğrudan bir bağlantı vardır. Burjuvazi, ister Erdoğan ister Kemalistler yönetiminde olsun, iktidarını korumak için yabancı sermayeyle omuz omuza yürüyor, işçileri eziyor ve az ya da çok totaliter bir rejim kuruyor. Troçki'nin yazdığı gibi:

> "Bu şekilde, ulusal burjuvazinin güçsüzlüğü, yerel özyönetim geleneklerinin bulunmaması, yabancı kapitalizmin baskısı ve proletaryanın görece hızlı büyümesi istikrarlı bir demokratik rejimin üzerinde durabileceği zemini ortadan kaldırmaktadır. Geri kalmış, yani sömürge ve yarı-sömürge ülkelerin hükümetleri genellikle Bonapartist veya yarı Bonapartist bir karakter taşırlar"
>
> —"Emperyalist Çürüme Çağında Sendikalar" 1940

Dolayısıyla, otoriterliğe karşı ve demokrasi için mücadele, emperyalist boyunduruğa karşı mücadele ile bağlantılı olmalıdır, yani NATO'ya karşı mücadele ile ***el ele*** gitmelidir. Ancak Kemalistler bu mücadeleye hiçbir şekilde öncülük edemezler. Onlar Erdoğan'dan daha açık bir şekilde NATO ve emperyalizm yanlısıdırlar. Yıllardır Erdoğan'ınki kadar otoriter rejimlerin başını çektiler ve emperyalist baskının aracı oldular.

Erdoğan'a karşı mücadeleyi ilerletmek, demokrasiye ulaşmak ve Türk işçilerinin, Kürtlerin ve yoksulların çıkarlarını ilerletmek için bugün solun acil görevi, kararları veren ABD emperyalizmine karşı proleter bir cephe oluşturmaktır. Bu mücadele sırasında Kemalistler, hem demokrasinin hem de ülkenin emperyalist boyunduruktan kurtuluşunun önündeki engeller olarak açığa çıkacaktır. ***Kahrolsun Erdoğan! Kahrolsun NATO!*** ■



Imago

İstanbul, 21 Mart: Binlerce kişi Erdoğan rejimi tarafından Belediye Başkanı Ekrem İmamoğlu'nun tutuklanmasını protesto etti

Öcalan...

32. sayfanın devamı

devletine hizmet etmektedir. Türk ordusu şu an Rojava'yı Bakur'dan (Kuzey Kürdistan) ayıran sınır bölgesinde kontrolünü arttırdı. Apo'nun ihaneti, Erdoğan ve müttefiklerinin, akılalmaz enflasyon, artan baskı ve korkunç yaşam koşulları nedeniyle popülaritesini kaybettiği bir dönemde, Erdoğan'a destek vermek için yaptıkları planın bir parçasıydı.

SDG HTŞ'ye Boyun Eğdi

SDG'nin milislerini terk etme çağrısı Rojava'da kazanılan her şeyi tehdit ediyor. Bu kazanımlar, 2011'de Suriye iç savaşının patlak vermesinin ardından, ülkede savaşan güçlerin sürekli değişimde olduğu bir kargaşa döneminde elde edildi. Rojava'nın kazanımları demokratik ve silahlı mücadeleler sonucunda ortaya çıktı ve Beşar Esad'ın Suriye'sinde Kürtler için hiç varolmamış bir miktar güvenlik temin etti, aynı zamanda belirli bir özerklik ve komünal sosyal yapılar kurdu. Rojava öncelikle, Türkiye ve IŞİD de dahil olmak üzere, pek çok tehdide karşı koyan güçlü bir milis sayesinde ayakta kalmayı başardı.

SDG'nin ana bileşeni olan YPG, 2014'teki Kobani kuşatması sırasında ABD ile ittifak yaptı. IŞİD'in Kürt halkına yönelik ciddi soykırım tehdidini durdurmak için ABD'den yardım kabul etmek ve ABD ile objektif bir ittifak içinde olmak bir şeydi; ancak YPG'nin ABD ile birlikte çoğunlukla Arapların yaşadığı bölgelere saldırı başlatması tamamen başka bir şeydir. Bu, fiilen Kürt mücadelesini baltalayan tohum oldu ve ulusal ayrımları derinleştirdi. YPG, ABD emperyalizminin bir piyonu haline geldi ve Rojavanın kazanımlarını, Bakur ve diğer bölgelere yaymak için bir rota belirlemek yerine, bu kazanımların savunma mücadelesini emperyalist çıkarlara tabi kılarak sonunda kendi sonlarını imzaladılar.

ABD emperyalistlerine teslim olarak, Kürt liderliği, ABD destekli Siyonistler tarafından Filistin'de yürütülen soykırıma karşı harekete geçmeyi reddetti. Şimdi de SDG lideri İsrail'i kastederek "dünyada haklarımızı desteklemeye ve kazanımlarımızı korumaya yardımcı olabilecek herkese kapımız açık" diyor. Bu durum Kürt olmayan Müslüman ve Arap kitleler arasında derin bir güvensizlik ve düşmanlık uyandırarak Kürtleri daha da izole bir duruma itmektedir.

Bugün Suriye Arap Cumhuriyeti (SAR) hükümeti İslam hukukuna dayalı "geçici" bir anayasa kabul etti. Rojava'da yeni anayasaya ve Alevilere yönelik katliamlara karşı protestolar patlak verdi. Yeni SAR'ın Kürt özgürlük mücadelesinin herhangi bir ilerlemesine tahammül etmeyeceği açıktır. Hatta SAR, SDG'den tüm "yabancı" Kürt güçlerinin Rojava'yı terk etmesini talep ediyor. Bu da Apo ve SDG'nin hamlelerinin Kürt savaşçıların hayatlarını nasıl tehlikeye attığının altını bir kez daha çiziyor.

Kürt savaşçılar: Bu iki kapitülasyona karşı konulmalı ve mücadele gerçek bir devrimci ve demokratik strateji temelinde örgütlenmelidir. Silahlarınızı teslim etmeyin! ABD emperyalizmine, onun dalkavuklarına ve Siyonist kasaplara karşı örgütlenin! Erdoğan ve NATO'ya karşı Türkiyedeki işçi sınıfı ile ortak mücadele için! Bölgedeki Arap emekçilerle ittifak kurun! ■

SPARTAKIST

Kahrolsun Erdoğan!

Kahrolsun NATO!

İstanbul Büyükşehir Belediye Başkanı Ekrem İmamoğlu'nun 19 Mart'ta tutuklanması Türkiye'de büyük bir huzursuzluğa yol açtı ve Cumhurbaşkanı Erdoğan otoriter rejimine karşı her türlü direnişi, baskı, yasak ve tutuklamalarla ezmeye çalışıyor. İmamoğlu yolsuzluk, rüşvet ve terör örgütleriyle bağlantılı olmakla suçlanıyor. Ayrıca İstanbul Üniversitesi, İmamoğlu'nun cumhurbaşkanlığına aday olabilmesi için gerekli olan diplomasını iptal etti.

Aynı zamanda, Erdoğan'ın otoriter rejiminden bıkmış emekçi kitleler, harap olmuş bir ekonomi ve sürekli artan yaşam maliyeti ve sosyal eşitsizliklerle karşı karşıya. Korkunç çalışma ve yaşam koşulları karşısında, ülke çapında aralarında birçok fabrikada daha iyi ücretler için yapılan yasadışı grevlerin de bulunduğu bir grev dalgası patlak verdi.

Erdoğan, bir yandan nefret edilen rejimine karşı artan hoşnutsuzluk, diğer yandan da İmamoğlu'nun kendi iktidarı için oluşturduğu tehdit karşısında sıkışmış bir halde, muhalefeti ezmek için çaresiz bir hamle yaptı. Amaç, İmamoğlu'nu tam da 2028'deki bir sonraki cumhurbaşkanlığı seçimi için Cumhuriyet Halk Partisi'nin (CHP) adayı olarak gösterilirken onu devre dışı bırakmak.

İmamoğlu'nun tutuklanmasından bu yana, her gün ülke çapında büyük gösteriler düzenlendi ve bunların en büyüğü İstanbul'da 2,2 milyon kişinin katılımıyla gerçekleşti. Öğrenciler, işçiler, Kürtler ve diğerleri İmamoğlu'nu savunmak için

devamı 31. sayfada



27 Şubat'ta Kürdistan İşçi Partisi (PKK) lideri Apo (Abdullah Öcalan) tüm Kürt gruplara silahlarını bırakma ve PKK'nın kendisini feshetmesi çağrısında bulundu. İki hafta bile geçmeden Suriye Demokratik Güçleri (SDG), yeni Suriye hükümetinin lideri Ahmed eş-Şaraa ile el sıkışarak, SDG milislerini Suriye ordusu içinde tasfiye etmeyi kabul etti. Tüm bunlar Kürt özgürlük hareketine mutlak bir ihanettir, Kürt savaşçılar için ölüm anlamına gelecek intihar eylemleridir ve Kürt liderliğinin emperyalizme ve onun bölgedeki ajanlarına teslim olmasının mantıksal sonucudur.

Apo, silahsızlanma çağrısında bulunarak, Kürt ulusal kurtuluş mücadelesinin esas temellerini terk etti. Silahlı mücadele, Rojava'daki kazanımlar ve Kürt halkının savunması için kritik bir rol oynamaktadır. Mevcut mücadele zaferle sonuçlanacak bir yolda yürütülmezken, teslim olmak sadece felakete yol açabilir. Apo, açıklamasında Kürtler için ayrı bir ulusal devlet ve hatta "idari özerklik" mücadelesini bile reddetti ve "Demokratik uzlaşı"ya vurgu yaptı. Erdoğan'ın "demokratik" hükümeti aylardır Kürt yetkilileri görevlerinden alıp yerlerine kendi kayyumlarını atarken, Kürt partisinin eski lideri Selahattin Demirtaş 2016'dan beri hapisteyken, bu tür söylemler absürttür.

Apo'nun çağrısı sadece, Ortadoğu'da emperyalistlere tabi bir oyuncu olarak daha fazla kaymak yiyebilmek için "Kürt sorununu" bir engel olmaktan çıkarmayı amaçlayan Türk

devamı 31. sayfada